

9. Sitzung

am Dienstag, dem 19. Februar 2008

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung	272
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	272

Fragestunde

1. Um Schimmels Willen: Soziale Polarisierung unserer Gesellschaft durch Feuchteschäden in Wohnräumen? Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Mohr-Lüllmann, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 23. Januar 2008	272
2. Beitrag des Vereins Nitribitt e. V. zur Umsetzung des Prostitutionsgesetzes in Bremen Anfrage der Abgeordneten Frau Ahrens, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 24. Januar 2008	274
3. Sexuelle Identität als Unterrichtsgegenstand Anfrage der Abgeordneten Tschöpe, Güngör, Dr. Sieling und Fraktion der SPD vom 24. Januar 2008	276
4. Sanierung der Turnerstraße Anfrage der Abgeordneten Frau Arnold-Cramer, Frau Schmidtke, Dr. Sieling und Fraktion der SPD vom 24. Januar 2008	277
5. Baumfällgenehmigungen in Bremen-Nord Anfrage der Abgeordneten Frau Arnold-Cramer, Kasper, Dennhardt, Dr. Sieling und Fraktion der SPD vom 24. Januar 2008	282
6. Löschen von Schülerdaten Anfrage der Abgeordneten Rohmeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 24. Januar 2008	283

7. Cultural Cities Net 2010	
Anfrage der Abgeordneten Frau Krusche, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 28. Januar 2008	284
8. Arbeit der Fluglärmkommission transparent gestalten	
Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Schaefer, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28. Januar 2008	285
9. Elternbriefe des Amts für Soziale Dienste	
Anfrage der Abgeordneten Frau Ahrens, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 29. Januar 2008	287
Aktuelle Stunde	290
Recycling-Stationen in Bremen	
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 4. Dezember 2007 (Drucksache 17/53 S)	
Abg. Imhoff (CDU)	290
Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen)	291
Abg. Dennhardt (SPD)	293
Abg. Rupp (Die Linke)	293
Abg. Dr. Buhlert (FDP)	294
Senator Dr. Loske	295
Abg. Imhoff (CDU)	297
Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2005	
Mitteilung des Senats vom 5. Dezember 2006 (Drucksache 16/639 S)	
Jahresbericht 2007 über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung und der Haushaltsrechnung 2005 der Freien Hansestadt Bremen (Stadt) des Rechnungshofs	
vom 11. Januar 2007 (Drucksache 16/655 S)	
Bericht und Antrag des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses zur Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen (Stadt) für das Jahr 2005 (Mitteilung des Senats vom 5. Dezember 2006 - Drs. 16/639 S) und zum Jahres- bericht 2007 des Rechnungshofs vom 11. Januar 2007 (Drs. 16/655 S) vom 15. Januar 2008 (Drucksache 17/61 S)	297

**Bebauungsplan 2340
für Gebiete in Bremen-Osterholz und Hemelingen
zur Änderung von Festsetzungen in Teilgebieten der Geltungsbereiche von
mehreren Bebauungsplänen**
Mitteilung des Senats vom 15. Januar 2008
(Drucksache 17/63 S) 298

**Bebauungsplan 1299
für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen
- Steingutstraße
- Friedhof Grohn
- Jacobs University Bremen
- Bruno-Bürgel-Straße**
Mitteilung des Senats vom 15. Januar 2008
(Drucksache 17/64 S) 298

**Verzögerungen beim Neubau des Klinikums Mitte
Antrag der Fraktion der FDP**
vom 30. Januar 2008
(Drucksache 17/71 S)

Finanzierung des Masterplans des Klinikums Bremen-Mitte absichern
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 19. Februar 2008
(Drucksache 17/78 S)

Abg. Dr. Möllenstädt (FDP) 298
Abg. Brumma (SPD) 300
Abg. Beilken (Die Linke) 302
Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann (CDU) 303
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) 305
Abg. Dr. Möllenstädt (FDP) 308
Senatorin Rosenkötter 309
Abstimmung 311

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 7
vom 12. Februar 2008**
(Drucksache 17/73 S) 311

Anhang zum Plenarprotokoll 312

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Kauertz, Frau Troedel.

Präsident Weber
Vizepräsidentin Dr. Mathes
Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Ahrens
Schriftführerin Cakici

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Rosenkötter** (SPD)

Senatorin für Bildung und Wissenschaft **Jürgens-Pieper** (SPD)

Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa **Dr. Loske** (Bündnis 90/Die Grünen)

Staatsrätin **Emigholz** (Senator für Kultur)

Staatsrat **Golasowski** (Senator für Bau, Umwelt, Verkehr und Europa)

Staatsrat **Dr. Heseler** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Staatsrat **Dr. Schulte-Sasse** (Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und
Soziales)

Staatsrat **Dr. Schuster** (Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und
Soziales)

Vizepräsident Ravens eröffnet die Sitzung um 16.03 Uhr.

Vizepräsident Ravens: Die 9. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Presse.

Gemäß Paragraf 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgenden Eingang bekannt:

Finanzierung des Masterplans des Klinikums Bremen-Mitte absichern, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 19. Februar 2008, Drucksache 17/78 S.

Gemäß Paragraf 21 Satz 2 unserer Geschäftsordnung lasse ich zunächst über die Dringlichkeit dieses Antrags abstimmen.

Wird eine Begründung gewünscht? Das ist nicht der Fall.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen eine Verbindung mit Tagesordnungspunkt 9, Verzögerungen beim Neubau des Klinikums Bremen-Mitte, vor.

Ich höre keinen Widerspruch. - Dann wird so verfahren.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

1. Einführung von CarSharing für Behörden, Gesellschaften und öffentliche Einrichtungen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 12. Februar 2008
(Drucksache 17/74 S)
2. Wahlausschüsse für die Wahl der Schöffen und Jugendschöffen für die Geschäftsjahre 2009 bis 2013
Mitteilung des Senats vom 12. Februar 2008
(Drucksache 17/75 S)

Diese Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der April-Sitzung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Pädagogische Mittagstische für Schulkinder
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. November 2007
2. Barrierefreie Sitzungsräume für die Sitzungen der Beiräte
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 11. Dezember 2007
Dazu
Antwort des Senats vom 12. Februar 2008
(Drucksache 17/77 S)
3. Zusammensetzung der Aufsichtsräte im Klinikverbund Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 15. Januar 2008
Dazu
Antwort des Senats vom 5. Februar 2008
(Drucksache 17/72 S)

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurde eine interfraktionelle Absprache getroffen, und zwar zur Verbindung der Tagesordnungspunkte 4, 5 und 6, Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2005, Jahresbericht 2007 des Rechnungshofes und Bericht und Antrag des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses dazu.

Des Weiteren möchte ich Ihnen mitteilen, dass nachträglich interfraktionell Einigung erzielt wurde, bei Tagesordnungspunkt 8, Bebauungsplan 1299, auf eine Aussprache zu verzichten.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen 11 frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage trägt den Titel „**Um Schimmels Willen: Soziale Polarisierung unserer Gesellschaft durch Feuchteschäden in Wohnräumen?**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den

Abgeordneten Frau Dr. Mohr-Lüllmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Bartels!

Abg. **Bartels** (CDU): Vielen Dank, Herr Präsident! Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat die Ergebnisse der vom Gesundheitsamt veröffentlichten Broschüre „Um Schimmels Willen: Feuchteschäden in Wohnräumen und Soziale Lage“?

Zweitens: Teilt der Senat die Auffassung, dass „das Problem Feuchtigkeit und Schimmel in Wohnräumen, von dem in besonderem Maße einkommensarme Haushalte betroffen sind“ zur „sozialen Polarisierung unserer Gesellschaft beiträgt“?

Drittens: Wie lautet der Empfängerkreis der oben genannten Broschüre?

Vizepräsident Ravens: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Schulte-Sasse.

Staatsrat Dr. Schulte-Sasse: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfragen 1 bis 3 wie folgt:

Der aktuellen Literatur zufolge lässt sich festhalten, dass armutsgefährdete Haushalte häufiger Probleme mit ihrer Wohnung und ihrem Wohnumfeld haben als nicht armutsgefährdete Haushalte. Das Statistische Bundesamt kommt 2005 nach Ergebnissen einer Befragung zu „LEBEN in EUROPA“ für Deutschland zu dem Schluss, dass jede fünfte armutsgefährdete Person gegenüber jeder achten nicht armutsgefährdeten Person in einer feuchten Wohnung lebt und deshalb häufiger einer gesundheitsgefährdenden Schimmelbildung im Wohnraum ausgesetzt ist.

Aus der vielfältigen Fachliteratur ist zu entnehmen, dass feuchte Wohnungen wie auch die Schimmelbildung mit einem erhöhten Risiko der Bewohnerinnen und Bewohner für diverse gesundheitliche Beschwerden wie zum Beispiel Asthma, Allergien und höhere Infektanfälligkeit einhergeht.

Die in der Broschüre des Gesundheitsamtes Bremen dargelegten Umfrageergebnisse unterstützen diesen Zusammenhang, erheben allerdings nicht den Anspruch auf Repräsentativität.

Die Broschüre ist vonseiten des Gesundheitsamtes Bremen unter anderem an Bundes- und Länderministerien, Gesundheitsämter, Verbände,

Kammern und so weiter versandt worden. Die Broschüre ist zudem in die Homepage des Gesundheitsamtes Bremen eingestellt und somit allen Interessierten zugänglich. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Bartels** (CDU): Herr Staatsrat, liegt dem Senat die Erkenntnis vor, wie hoch die Kosten für die Erstellung dieser Broschüre waren und was das eigentlich Neue an dieser Broschüre ist? Welche neue Aussage verbirgt sich dahinter?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Schulte-Sasse: Zu den Kosten kann ich Ihnen aktuell keine Angaben machen, diese Information liegt mir nicht vor. Wirklich Neues in dem Sinne, dass eine Erkenntnis dieser Art bisher in der Bundesrepublik Deutschland nicht existiert hat, hat die Broschüre nicht erbracht. Die Broschüre hat Erkenntnisse, die grundsätzlich national wie international bereits vorliegen, noch einmal für Bremer Verhältnisse geprüft und bestätigt.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Bartels** (CDU): Herr Staatsrat, die Broschüre oder dieser Aufsatz sagt, dass ein größeres Angebot für adäquaten Wohnraum für Arbeitslosengeld-II-Hilfeeempfänger diese Problematik der Schimmelpilzbildung entschärfen könnte. Können Sie konkrete Beispiele dafür nennen, wie ein größeres Angebot denn dazu beitragen könnte, dass es keine vermehrte Schimmelpilzbildung in solchen Wohnräumen gibt?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Schulte-Sasse: Grundsätzlich ist der Zusammenhang zwischen Umgebungstemperatur in der Wohnung und Schimmelbildung als einer von möglichen Zusammenhängen unbestritten. Das heißt also, immer dann, wenn in einer feuchten Wohnung nicht ausreichend geheizt wird, ist ein Faktor da, der die Schimmelbildung befördert. Deshalb ist der Zusammenhang wirklich unbestritten. Die Frage allerdings, die in der Broschüre thematisiert wird, inwieweit ein Zusammenhang mit dem Wohngeld im Rahmen des Sozialhilfeanspruchs besteht, ist eine ganz andere. Ich darf hier ganz offen sagen, dass die Autoren dieser Broschüre eine Aussage treffen, die den gegebenen Verhältnissen nicht zu 100 Prozent entspricht. Diese Aussage ist auch nicht abgestimmt gewesen, und zu dieser Passage innerhalb

der Broschüre hat es auch interne Klärungen innerhalb des Ressorts gegeben.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Bartels** (CDU): Herr Staatsrat, gibt es denn die Möglichkeit, dass Sie uns noch einmal über die Kosten im Nachhinein informieren?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Schulte-Sasse: Das kann ich gern machen!

(Abg. Bartels [CDU]: Vielen Dank!)

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Richter** (FDP): Ich habe zwei Zusatzfragen! Die erste Frage an Sie: Ist Ihnen bekannt, wie bei dem Fragebogen vom Gesundheitsamt, der verwendet wurde, die Fragen nach Tierhaltung und nach Nikotingenuss im Zusammenhang mit Feuchteschäden zu bewerten sind?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Schulte-Sasse: Die Feuchte ist nur ein Faktor für die Schimmelbildung, aber nicht der Einzige. Es gibt ein ganzes Arsenal von Faktoren. Ich gehe davon aus, dass solche Faktoren in der Literatur als kausal im Zusammenhang mit Schimmelbildung diskutiert werden.

(Abg. Richter [FDP]: Dann hätte ich erst einmal sehr viel dazugelernt!)

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Richter** (FDP): Die zweite Frage lautet: Ich finde es natürlich erst einmal sehr gut, dass vom Gesundheitsamt dieses Angebot einer kostenlosen Begehung, einer kostenlosen Beratung angeboten wird, weil das nun wirklich für einkommensschwache Haushalte, die natürlich nicht die Möglichkeit haben, einen teuren Sachverständigen zu beauftragen, ein gutes Angebot ist. Bloß, wenn ich es richtig gelesen habe, sind praktisch nur 82 Haushalte in diese Untersuchung mit einbezogen worden. Empirisch belastbar scheint mir das also nicht zu sein. Stimmen Sie mir da zu?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Schulte-Sasse: Ja! Das steht übrigens genauso, wie Sie es eben beschrieben haben, auch in der Broschüre selbst, das kann man

nachlesen. Es ist eine nicht repräsentative Stichprobe. Insoweit ist diese Studie nicht so zu werten, als sei hier repräsentativ für die Verhältnisse in Bremen die Wirklichkeit beschrieben worden.

(Abg. Richter [FDP]: Danke!)

Vizepräsident Ravens: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Beitrag des Vereins Nitribitt e. V. zur Umsetzung des Prostitutionsgesetzes in Bremen**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Ahrens, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Kollegin Ahrens!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat die Arbeit des Vereins Nitribitt e. V. unter Berücksichtigung des Beitrags, den der Verein zur Umsetzung des Prostitutionsgesetzes in Bremen leistet?

Zweitens: Wie beabsichtigt der Senat die Beratung von Prostituierten hinsichtlich ihrer Rechte gemäß dem Prostitutionsgesetz vor dem Hintergrund der angekündigten Kürzungen der Zuschüsse für den Verein Nitribitt e. V. weiterhin zu gewährleisten?

Drittens: Welche Ausstiegsmöglichkeiten für Prostituierte gibt es derzeit in Bremen?

Vizepräsident Ravens: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Schuster.

Staatsrat Dr. Schuster: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfragen 1 bis 3 wie folgt:

Der Senat bewertet die Arbeit des Vereins Nitribitt grundsätzlich positiv.

Der Verein Nitribitt führt unter anderem Beratungen von Prostituierten durch, begleitet ausstiegswillige Frauen und führt Informationskampagnen zu sexuell übertragbaren Krankheiten in der Öffentlichkeit durch.

Das Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Prostituierten vom 1. Januar 2002 regelt Arbeits- und Sozialversicherungsfragen für Prostituierte. Ausstiegshilfen werden über das Bundesgesetz nicht geregelt.

Die geplante Kürzung der Zuwendung für den Verein Nitribitt e. V. von 92 140 Euro auf 44 560

Euro im Jahr 2008 und auf 45 000 Euro im Jahr 2009 ist im Rahmen der allgemeinen Konsolidierungsmaßnahmen notwendig geworden. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass der Verein einen Teil seiner Arbeit fortführen kann und ein Teil der Aufgaben von anderer Seite übernommen wird. Dies wird in Gesprächen mit den Beteiligten derzeit geklärt.

Ausstiegswilligen Prostituierten, die arbeitslos gemeldet sind, stehen die Angebote der Arbeitsförderung der Bundesagentur für Arbeit oder BAGIS zur Verfügung.

Neben diesem Angebot, das sich mit dem des Vereins Nitribitt in Teilbereichen überschneidet, wird in Gesprächen mit dem Verein zu klären sein, welche Ausstiegshilfen von dort vorgehalten werden. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Herr Staatsrat, wie beurteilen Sie die Tatsache, dass der Verein Nitribitt e. V. von den Kürzungen, die geplant sind oder jetzt auch im Haushalt stehen, aus der Zeitung erfahren hat und dann erst, nachdem man sich gemeldet hat, im Dezember, und zwar Ende Dezember, soweit mir bekannt ist, darüber informiert worden ist, dass er ab 1. Januar des Folgejahres ungefähr nur noch 40 Prozent von dem bisherigen Betrag - Sie haben die Zahlen eben genannt - bekommen wird?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Schuster: Der Verein bekommt zum einen circa 50 Prozent dessen, was er bisher bekommen hat, es ist also in etwa eine Halbierung. Zum anderen wurde er von dem Ressort informiert, was unglücklich gelaufen ist. Es ist nicht zu beschönigen, dass zunächst andere Zahlen genannt wurden, weil - Sie wissen genau, wie schwierig hier die Haushaltsaufstellung in dem Bereich der Zuwendungen, im Bereich Soziales und Jugend gewesen ist - ihm zunächst falsche oder fehlerhafte Zahlen übermittelt wurden und erst in einem zweiten Anlauf die richtigen Zahlen.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Finden Sie es richtig, dass man dem Verein am 20. Dezember 2007, wenn ich es richtig verstanden habe, mitgeteilt hat, dass er ab 1. Januar 2008 jetzt tatsächlich nur noch, Sie sagten 50 Prozent und nannten die Zahl 44 560 Euro, bekommt? Das heißt, dem Verein ist gar nicht die Zeit geblieben, überhaupt Be-

schäftungsverhältnisse und Ähnliches kündigen zu können, um dort das, was Sie jetzt vorhaben, nämlich die Kürzung der Gelder, tatsächlich auch umsetzen zu können. Wie beurteilen Sie das?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Schuster: Es ist ein Problem der Haushaltsberatungen, die Ende des Jahres verlaufen, dass wir Kürzungen vornehmen müssen, die im Prinzip ab dem Januar 2008 gelten, obwohl der Haushalt erst im April 2008 beschlossen werden kann. Dies bringt verschiedene Unsicherheiten mit sich. Wir werden im Zweifelsfall immer versuchen, Übergangslösungen zu finden, nichtsdestoweniger ist es leider bei dieser Zeitplanung nicht vermeidbar. Diese Zeitplanung war maßgeblich der Tatsache geschuldet, dass die Wahlen in der Mitte des letzten Jahres stattfanden und dementsprechend erst direkt nach der Sommerpause das Haushaltsaufstellungsverfahren beginnen konnte und dadurch derartige ungünstige Zeitverläufe unvermeidbar waren. Wir müssen jetzt sehen, wie wir damit umgehen können.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Der Verein macht ja über das, was das Gesundheitsamt anbietet, weit darüber hinausgehende Beratungen. Diese Beratungen können nach meinen Informationen auch nicht von anderen Stellen aufgenommen werden. Sie haben die BAGIS in Ihrer Antwort als eine Teilüberschneidungsmenge angegeben, nichtsdestoweniger würde vieles, was die Beratungsstelle Nitribitt anbietet, unwiederbringlich wegfallen. Sehen Sie das als wichtige Arbeit an, oder sind Sie der Auffassung, dass das ruhig wegfallen kann?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Schuster: Ich kann an dieser Stelle nicht ausschließen, dass Teilbereiche der Arbeit wegfallen, obwohl es manche Übertragungsmöglichkeiten auf andere Bereiche gibt. Es ist allerdings leider angesichts der Haushaltsnotlage dieses Landes so, dass wir einige Aufgaben, bei denen wir im Grundsatz sagen, dass sie nicht völlig überflüssig sind, einfach nicht mehr finanzieren können. Sie kennen die Situation auch in dem Haushaltsbereich Soziales und Jugend, und wissen, an welchen Stellen wir versucht haben, Geld zu kürzen. Dass es dort in einigen Bereichen zu Einschnitten kommt, ist leider nicht vermeidbar. Wir gehen allerdings davon aus, dass die Arbeit grundsätzlich aufrechterhalten bleiben kann und dass der Kern der Aufgaben, die nicht teilweise

von anderen übernommen werden können, dadurch zu halten sein wird.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Ich hätte eine letzte Nachfrage, vielleicht fast mehr eine Bemerkung. Im Gleichstellungsausschuss hat der Verein Nitribitt gesagt, dass er eigentlich ab Mai seine Pforte schließen kann mit der Finanzierung, wie sie noch vorhanden ist. Das ist Ihnen also noch nicht bekannt geworden?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Schuster: Es ist mir bekannt geworden, dass das der Verein sagt, aber gleichzeitig muss ich auch sagen, dass wir von dem Verein fordern, wie wir es von fast allen Zuwendungsempfängern fordern, dass er prüft, welche Aufgaben unverzichtbar sind, ob andere Einnahmen generiert werden können. Das müssen wir leider in der Haushaltsnotlage von allen Zuwendungsempfängern verlangen, und hier ist auch Nitribitt keine Ausnahme. Wenn das zu einem Ergebnis führt, wird man dann damit umgehen müssen. Wir gehen davon aus, dass ein Kern der Arbeit weiter erhalten werden und ein Teil der Arbeit auf andere Träger und Institutionen entsprechend übertragen werden kann.

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage durch den Kollegen Beilken.

Abg. **Beilken** (Die Linke): Herr Staatsrat, halten Sie es für realistisch, dass die BAglS tatsächlich zusätzlich Aufgaben dieser Art leisten kann, und welche Institution soll sonst noch Aufgaben übernehmen, wenn Sie sagen, es kann von anderer Seite aufgefangen werden?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Schuster: Es geht nicht um zusätzliche Aufgaben, sondern es ist das Regelangebot der Bundesagentur für Arbeit beziehungsweise der Arbeitsagentur hier in Bremen und auch der BAglS, bei der Arbeitssuche entsprechend zu unterstützen. Es wird auch von diesen Institutionen wahrgenommen, und dieses Angebot gilt selbstverständlich auch für Personen, die vorher der Prostitution nachgegangen sind. Insofern ist es kein zusätzliches Angebot, sondern ganz sicher, dass das auch wahrgenommen werden kann. Im Bereich der Gesundheitsberatung gibt es viele Berührungspunkte mit der Beratung, die auch das Gesundheitsamt selbst vorhalten muss. Insofern gehe ich auch davon aus, dass es hier Möglichkeiten gibt, die Aufgaben im Kern zu erhal-

ten, ohne dass der Verein Nitribitt das alles weitermachen kann, denn das wird er, wenn er nicht zusätzlich Einnahmen generiert, mit dem Geld jetzt nicht leisten können, dass man aber die Aufgaben erhalten kann.

Vizepräsident Ravens: Vielen Dank, Herr Staatsrat!

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Sexuelle Identität als Unterrichtsgegenstand**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Tschöpe, Güngör, Dr. Sieling und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege Tschöpe!

Abg. **Tschöpe** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie viele Aufklärungsveranstaltungen für Schulklassen sind durch das Rat & Tat Zentrum e. V. in Bremer Schulen zum Thema Homosexualität im Jahr 2007 durchgeführt worden?

Zweitens: Welche Möglichkeiten sieht der Senat, die Nachfrage von Lehrerinnen und Lehrern nach solchen Veranstaltungen zu steigern?

Drittens: Ist außerhalb der Aufklärungsveranstaltungen des Rat & Tat Zentrums e. V. sichergestellt, dass die Beschäftigung mit den Themen „Homosexualität“ und „Diskriminierung aufgrund sexueller Identität“ Unterrichtsgegenstand an Bremer Schulen ist?

Vizepräsident Ravens: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Jürgens-Pieper.

Senatorin Jürgens-Pieper: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Im Kalenderjahr 2007 besuchten 25 Schulklassen das Rat & Tat Zentrum zum Thema Homosexualität/Sexuelle Identität, und 16 Schulklassen informierten sich dort im gleichen Zeitraum über das Thema HIV und Aids.

Circa 3000 Schülerinnen und Schüler beschäftigten sich auf größer angelegten Veranstaltungen, zum Beispiel Jugendfilmtage und dance4life, mit den oben genannten Themenfeldern.

Zu Frage 2: Im Auftrag der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales erarbeitete das Rat & Tat Zentrum 2006 ein Curriculum für Fachkräftefortbildungen zum Thema „Homosexualität, ein Thema für Jugendhilfe und Schule“. Entsprechend sind Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter des Rat & Tat Zentrums qualifiziert, auf Nachfrage Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer anzubieten.

Zu Frage 3: Die in der Anfrage genannten Themenbereiche „Homosexualität“ und „Diskriminierung aufgrund sexueller Identität“ sind im Rahmen des Fachunterrichts und fächerübergreifend auf der Grundlage der geltenden Bremer Bildungspläne im Unterricht zu behandeln. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Tschöpe** (SPD): Frau Senatorin, würden Sie der Aussage zustimmen, dass das Rat & Tat Zentrum eine ausgesprochen wichtige Funktion im Bereich der Aufklärungsarbeit über sexuelle Identität und Homosexualität in Bremen leistet?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Das ist absolut richtig, und ich denke, es ist ein wichtiges Angebot an die Schulen.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Tschöpe** (SPD): Dann komme ich noch einmal zurück auf die Frage 2. Ich konnte Ihre Antwort nicht ganz auf den Fragegegenstand beziehen. Der Fragegegenstand war, wie man die Nachfrage der Schulen gerade nach solchen Veranstaltungen steigern kann, und Sie haben geantwortet, was das Rat & Tat Zentrum vorhält. Ich würde meine Frage ganz gern, ohne ungebührlich zu sein, noch einmal wiederholen: Wie kann man die Nachfrage von Lehrerinnen und Lehrern gerade nach solchen Veranstaltungen steigern?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Es gibt hier zwei Probleme, das will ich ganz offen sagen: Zum einen, wenn wir Werbung für einzelne Zentren machen, dann könnten das andere genauso beanspruchen, und Rat & Tat sagt uns auch, dass bei Werbung ihre Kapazitäten wahrscheinlich auch nicht ausreichen würden, um dann dieser Nachfrage nachzukommen. Insofern sind sie im Augenblick gut ausgelastet. Sie hätten ansonsten Kapazitätsprobleme.

Zum Zweiten muss ich offen sagen, steuern wir die Schulen inzwischen anders oder haben zumindest vor, sie anders zu steuern, nämlich nicht mehr im Detail, indem wir ihnen vorschreiben, was sie machen sollen, sondern letztlich über die Er-

gebnisse, die sie haben. Das heißt, dass Schulen schon eigenständig ihre unterrichtlichen Vorhaben und Kontakte zu solchen Beratungsstellen selbst gestalten sollen. Das ist eben auch das Problem, das diese Frage beinhaltet. Wir wollen keine Schulen anweisen, bestimmte Besuche zu machen, sondern wir wollen die Schulen durchaus ermuntern. Wir sagen, es ist ein gutes Angebot, aber mehr sollte eigentlich nicht sein. Das widerspricht zumindest der Eigenständigkeit von Schule.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Tschöpe** (SPD): Ich glaube, dass uns dieses Thema noch einmal beschäftigen wird, weil ich etwas andere Informationen aus dem Rat & Tat Zentrum habe, was deren Kapazitäten angehen würde, möchte es aber an dieser Stelle nicht vertiefen und verzichte deshalb auf das Fragerecht. - Danke sehr!

Vizepräsident Ravens: Es wird eine weitere Zusatzfrage von Herrn Kollegen Dr. Möllenstädt gewünscht.

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP): Frau Senatorin, mich hat Ihre Antwort an einer Stelle nicht so ganz überzeugt, nämlich als Sie ausgeführt haben, es wäre nicht möglich, für das Rat & Tat Zentrum und dessen Angebote zu werben, weil es auch andere in Anspruch nehmen könnten, dass für sie geworben wird. Sind Sie sich darüber bewusst, dass es in Bremen ausgesprochen wenige, um nicht zu sagen - nach meinem Kenntnisstand - eigentlich gar keine vergleichbare Einrichtung mehr gibt?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Nein, ich meinte andere Einrichtungen mit anderen Themen. Wir haben ja eine Fülle von Beratungsstellen und Einrichtungen, die unter Umständen genauso interessiert sind, Schulklassen bei sich zu haben, und ich habe schon gesagt, das Rat & Tat Zentrum erklärte auf unsere Nachfrage, dass das Interesse groß ist, dass sie dem so auch im Augenblick nachkommen können, aber ansonsten Kapazitätsprobleme hätten.

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP): Danke für die Richtigstellung!

Vizepräsident Ravens: Es gibt keine weiteren Zusatzfragen. Vielen Dank, Frau Senatorin!

Die vierte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über die **Sanierung der Turnerstraße**. Die Anfra-

ge trägt die Unterschrift der Abgeordneten Frau Arnold-Cramer, Frau Schmidtke, Dr. Sieling und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin Arnold-Cramer!

Abg. Frau **Arnold-Cramer** (SPD): Wir fragen den Senat:

Wann beabsichtigt der Senat, die Turnerstraße in Blumenthal so zu sanieren, dass die Schulwegsicherheit der Schülerinnen und Schüler der Schule In den Sandwehen gewährleistet ist?

Vizepräsident Ravens: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Die Turnerstraße in Blumenthal ist im Flächennutzungsplan als Hauptverkehrsstraße ausgewiesen und im Radverkehrsplan zwischen Neuenkirchener Weg und Reepschlägerstraße als Fahrradhaupttroute ohne Radwege dargestellt. Zudem stellt sie eine wichtige ÖPNV-Verbindung dar. Das Schulzentrum In den Sandwehen wird über die Turnerstraße verkehrlich erschlossen. Trotz des mangelhaften Ausbaustandes ist die Turnerstraße in einem verkehrssicheren Zustand und weist zumindest auf einer Straßenseite eine durchgängig benutzbare Nebenanlage auf.

Ein Ausbau der Turnerstraße inklusive Entwässerung sowie der Geh- und Radwege könnte nach Fertigstellung der Baumaßnahme B 74 ab dem Frühjahr 2010 erfolgen. Die hierfür notwendigen Projekt- oder Sanierungsmittel in Höhe von 5,5 Millionen Euro sind derzeit jedoch nicht in der Finanzplanung berücksichtigt. Da bisher keine erstmalige Herstellung der Turnerstraße erfolgt ist, wäre die Maßnahme gemäß Landesstraßengesetz zudem anteilig durch Erschließungskosten zu finanzieren. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Arnold-Cramer** (SPD): Herr Senator, für mich ist das als Nicht-Baupolitikerin ein Widerspruch. Sie sprachen einerseits von einem mangelhaften Ausbau und andererseits von einer Verkehrssicherheit, die gegeben ist. Für mich ist das ein totaler Widerspruch. Können Sie das bitte noch einmal ein bisschen näher erläutern?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Ich muss darauf hinweisen, dass notwendige Erhaltungsmaßnahmen zurzeit nur im Rahmen der dem Baulastträger, also der Stadtgemeinde Bremen, obliegenden Verkehrssicherungspflicht durchgeführt werden. Insofern ist die Antwort: Die Verkehrssicherheit ist gegeben. Gleichzeitig haben wir natürlich Augen, um zu sehen, dass das nicht eine unserer schönsten Straßen ist und dass dort etwas gemacht werden muss. Seit Jahren wird das verschoben, das muss man ganz klar sehen, und bisher hatte man sich so verabredet, dass zunächst einmal die Farge-Vegesacker-Eisenbahn fertiggestellt werden soll und danach die B 74. Die Farge-Vegesacker-Eisenbahn ist jetzt ab Herbst 2007 in Betrieb, und die B 74 soll 2010 fertiggestellt sein.

(Heiterkeit)

Meine Güte! Ich versuche, schon einmal vorab alles erschöpfend zu beantworten, dass wir uns dann der Sache zuwenden müssen und die notwendigen Vorkehrungen finanzieller Art aber vorher schon treffen müssen!

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Arnold-Cramer** (SPD): Herr Senator, Sie merken ja schon an der regen Anteilnahme hier, dass das in der Tat ein Problem ist, das die Blumenthaler Bevölkerung schon seit Jahren bewegt. Es ist auch so, den Anliegern wird von Jahr zu Jahr versprochen, dass die Straße im nächsten Jahr saniert wird. So ist das auch von den letzten Bausenatoren schon angekündigt worden. Aber ganz konkret zu der jetzigen Situation: Es ist ja ein kleiner Fußweg auf der einen Seite vorhanden, und Schülerinnen und Schüler fahren überwiegend mit dem Fahrrad zur Schule. Die Straße ist wirklich so unsicher, dass es nicht mehr zumutbar ist, mit dem Fahrrad über diese Straße zu fahren. Das ist in der Tat so! Werden die Schülerinnen und Schüler jetzt aufgefordert, den Fußweg mit dem Fahrrad zu benutzen?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Nein, es ist als Fahrradhauptroute vorgesehen, aber als Fahrradhaupttroute ohne Radweg. Das ist immer schon so gewesen, und insofern ist das keine Veränderung gegenüber früher.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Arnold-Cramer** (SPD): Herr Senator, ich möchte Sie gern einladen, mit mir diese Straße mit dem Fahrrad zu befahren, und das mög-

lichst noch bei Regenwetter. Ich möchte einmal wissen, ob Sie das überstehen!

(Heiterkeit)

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage von Frau Kollegin Dr. Schäfer.

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Kollegin Arnold-Cramer hat es im Prinzip auch schon ein bisschen vorweggenommen: Es handelt sich einfach um einen Schulweg. Daher möchte ich Sie fragen, Herr Senator, wie Sie die Sicherheit dieses Schulweges bisher einschätzen beziehungsweise wie die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler, die sowohl zu Fuß als auch per Fahrrad zu dem Schulzentrum wollen, bis zu dem Ausbau der Straße gewährleistet werden kann.

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Die Sicherheit unserer Kinder ist natürlich ein extrem hohes Gut, insofern beobachten wir das auch ständig, das ist vollkommen klar. Es ist auch keineswegs so, dass wir bis zum Beginn der Maßnahme irgendwann ab 2010 nichts machen würden. Wir beobachten das. Ich habe ja gesagt, im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht kann man sagen, dieser Weg ist sicher. Dass er verbesserungsfähig ist, darüber besteht, glaube ich, überhaupt kein Zweifel. Wenn ich mir hier die Historie ansehe und soeben von der Vorrednerin gesagt wurde, dass immer wieder versprochen worden sei, man mache da bald etwas, dann kann ich dem nicht widersprechen. Ich selbst habe das noch nicht versprochen.

Ich sage jetzt nur so viel, nach Fertigstellung der Farge-Vegesacker-Eisenbahn, das war im Herbst 2007, da haben viele von uns das gemeinsam in Betrieb genommen, und nach Fertigstellung der B 74 im Jahr 2010 ist es erforderlich, diese Maßnahme durchzuführen, weil sie dann natürlich eine noch wichtigere Funktion bekommt.

Ich will aber noch einmal Ihre Frage ganz klar so beantworten: Die Wahrung und Erhaltung der Verkehrssicherungspflicht gerade für Schulkinder ist ein extrem hohes Gut, deswegen muss das beobachtet werden. Wenn es da zu Fragezeichen kommt, muss das unverzüglich bekämpft werden. Da bin ich ganz auf Ihrer Seite!

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, vielen Dank!)

Eine weitere Zusatzfrage vom Kollegen Pflugradt!
- Bitte!

Abg. **Pflugradt** (CDU): Herr Senator, vor dem Hintergrund, dass dies ja eine wichtige Hauptverkehrsstraße, eine wichtige Straße für den ÖPNV und, wie es soeben schon angedeutet worden ist, auch eine wichtige Straße für die Schüler des Schulzentrums In den Sandwehen ist, frage ich Sie noch einmal. Laut Senatsvorlage hat die Senatorin für Bildung der Beantwortung der Anfrage zugestimmt, so wie Sie sie beantwortet haben. Meine Frage ist: Hat das Bildungsressort keinerlei Bedenken angemeldet, dass erst so spät oder erst nach 2010 die Straße eventuell ausgebaut werden kann und soll?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Die Vorlage ist abgestimmt, insofern gibt es da nichts, was nicht vom gesamten Senat getragen wird. Ich wiederhole aber gern noch einmal, dass die Straße nicht in einem sehr guten Zustand ist, und dass seit Jahren das Problem bekannt ist, liegt auf der Hand. Man muss sich schon fragen, warum da nicht eher etwas passiert ist, aber jetzt, meine ich, wäre es so, dass wir zweierlei tun sollten, die Fertigstellung der B 74 abwarten und dann im Jahr 2010 uns darüber Gedanken machen, wie wir das realisieren können! Im Moment ist es ganz klar so im Haushalt, um das vielleicht vorwegnehmend schon zu beantworten, dass bis jetzt weder Projekt- noch Sanierungsmittel für dieses Projekt zur Verfügung stehen. Das ist eindeutig.

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Pflugradt** (CDU): Ist es richtig, dass Sie dem Amt für Straßen und Verkehr die Anweisung gegeben haben, die Planungen für den Ausbau dieser Straße einzustellen?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Nein, das ist völliger Blödsinn! Ich weiß nicht, wer so etwas behauptet! Quatsch!

(Heiterkeit)

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage von Frau Kollegin Nitz!

Abg. Frau **Nitz** (Die Linke): Es wurde ja gerade schon angesprochen. Kann die Turnerstraße bis zur endgültigen Sanierung nicht derart hergerichtet werden, dass sie zumindest verkehrssicherer wird? Um hier noch einmal die Beispiele aufzu-

zählen, es kann ja nicht sein, dass nur Autos mit guten Stoßdämpfern über die Straße fahren können und dass die Radfahrer und Fußgänger, insbesondere die Schulkinder, teilweise durch schlecht beleuchtete Straßen fahren müssen bei permanentem Bus- und Lkw-Verkehr.

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Ich habe die Frage, glaube ich, schon beantwortet. Die notwendigen Erhaltungsmaßnahmen im Rahmen unserer Verkehrssicherungspflicht werden durchgeführt. Die Sanierung selbst steht ab 2010 an. Man muss es genau beobachten, eben gerade wegen dieses hohen Gutes der Sicherheit vor allem von Kindern. Das tun wir auch. Insofern kommen wir unserer Verkehrssicherungspflicht nach. Ich glaube, in der Sache besteht kein Dissens. Die Frage ist, wann begonnen wird und was man bis dahin macht. So verstehe ich Ihre Frage. Das war eigentlich eine ähnliche Frage, wie Frau Schaefer sie auch gestellt hat. Was man bis zu dem Beginn der Bauarbeiten macht, ist, hinschauen, aufpassen und die Verkehrssicherungspflicht sicherstellen. Dass der bauliche Zustand insgesamt zu wünschen übrig lässt, da haben Sie in mir den größten Verbündeten, das auch gemeinsam festzustellen und als Handlungsauftrag zu nehmen, es dann zu machen, wenn die B 74 fertig ist.

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Nitz** (Die Linke): Das habe ich verstanden, aber ich glaube nicht, dass Kinder die B 74 beispielsweise benutzen werden, weil sie da mit dem Fahrrad gar nicht heraufkommen.

(Senator Dr. Loske: Ich rede von der Zubringerfunktion, aber egal!)

Ich will es noch einmal etwas polemischer formulieren: Findet Blumenthal in den Köpfen des Senats nicht statt, während zum Beispiel über die Verkehrssicherheit im Ostertor gesprochen wird, nicht aber über die Turnerstraße?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Entschuldigung, aber das muss ich schon sagen, das ist natürlich arg konstruiert. Natürlich ist der Stadtteil Blumenthal für uns ausgesprochen wichtig. Viele Kollegen, die hier im Raum sitzen, wissen, dass es in Sachen Stadtentwicklung - wenn ich da einmal so schräg hinüberschaue, der Kollege, mit dem ich da gerade einen Blick tausche, weiß, was ich meine - keineswegs so ist, dass der Stadtteil Blumenthal in

irgendeiner Weise benachteiligt wird. Insofern ist die Frage konstruiert.

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage von Frau Kollegin Schmidtke! - Bitte!

Abg. Frau **Schmidtke** (SPD): Herr Senator, einfach der Vollständigkeit halber an Sie die Frage: Ist Ihnen bekannt, dass nicht nur Schülerinnen und Schüler der Integrierten Stadtteilschule In den Sandwehen diesen Weg nutzen müssen, sondern auch Schülerinnen und Schüler des Schulzentrums der S1 an der Lehmhorster Straße diesen Weg nutzen und, was erschwerend hinzukommt, weil immer im Gegenverkehr befindlich, Schülerinnen und Schüler des Förderzentrums für lernbehinderte und verhaltensauffällige Kinder der Reepschlägerstraße? Dies, denke ich, verschärft das Augenmerk, das wir auf diesen Schulweg richten müssen. Können Sie das so auch akzeptieren?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Das kann ich. Das entspricht dem, was auch in meinen Unterlagen steht, also dass die Schülerverkehre so sind, wie Sie sie gerade beschrieben haben. Insofern kann ich das bestätigen.

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Schmidtke** (SPD): Ich habe ungesicherte Informationen.

(Zurufe - Heiterkeit)

Ich bitte Sie, Herr Senator, mir dabei zu helfen, die hier abzusichern! Es sind folgende Informationen bei mir angekommen: Sowohl Kranken- als auch Rettungswagen meiden die Turnerstraße aus Sorge um den Gesundheitszustand der Patienten. Das heißt also, wenn jemand mit einer Mandelentzündung gefahren wird, ist das ja kein Problem, aber wird zum Beispiel ein Infarktpatient befördert, wären die Erschütterungen, die beim Befahren der Turnerstraße beim Patienten ankommen, so fatal, dass lieber die Straße gemieden wird.

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Darüber sind mir jetzt persönlich keine Informationen bekannt.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Jetzt haben wir ihn! - Heiterkeit)

Herr Röwekamp, ich war schon da! Ich bin auch schon darüber gefahren. Ich will jetzt auch nicht als der Abwiegler dastehen, der sagt, das ist eine tolle Straße, alles ist topfit und so weiter. Ich könnte aber den Ball auch zurückspielen, Sie hätten es schon längst machen können, aber gut, ich meine, das lassen wir jetzt einfach einmal so stehen!

Ich glaube, die Aussagen, die ich jetzt hier gemacht habe, sind belastbar. Wir müssen dann nur gemeinsam bei der Finanzplanung dafür Sorge tragen, dass die Mittel bereitgestellt werden. Außerdem, das ganze Thema haben wir jetzt noch gar nicht angesprochen, auch das ist, wie man hier so schön sagt, ein tiefgehendes Schiff, die Frage der Anliegerbeiträge! Auch das ist natürlich eine Sache, die dann kommt. Das muss man ganz klar sehen. Deswegen würde ich dafür plädieren, das dann auf der Grundlage gut vorbereiteter Unterlagen gemeinsam zu besprechen, denn das ist ein Thema, das dann auch mit dazugehört.

Vizepräsident Ravens: Möchten Sie eine weitere Zusatzfrage stellen? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Schmidtke** (SPD): Eine letzte! Herr Senator, um die Anliegerbeiträge so ein Stückchen zu relativieren. Die Turnerstraße gehört zum Netz des ÖPNV. Der ÖPNV, und das ist auch wieder eine meiner Informationen, die ich Sie bitte zu überprüfen, setzt hier auf dieser Straße nicht die neuen Busse ein, sondern die alten, die eine entsprechende Belastung für die Anwohner darstellen.

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Ich habe jetzt nicht jeden einzelnen BSAG-Bus vor Augen, aber ich werde dem nachgehen, das verspreche ich Ihnen!

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau Schmidtke [SPD]: Danke schön, nein!)

Eine weitere Zusatzfrage vom Kollegen Kasper!

Abg. **Kasper** (SPD): Herr Senator, ich möchte mich einmal nur auf die Aspekte beziehen, die Sie hier in Ihrer Antwort nennen. Im Frühjahr 2010 soll die B 74 fertig sein. Würde es aus Ihrer Sicht nicht Sinn ergeben, im Vorfeld mit den Planungen zu beginnen und nicht erst dann, wenn ich heute schon 2008 weiß, dass der Zustand der Straße nicht, sagen wir einmal, sehr gut ist? Jetzt nicht im Jahre 2009 vielleicht mit Vorplanung zu beginnen, wenn ich das vorhabe, müsste ich dementsprechend Geld für Planung einstellen! Wie würde der Senat sich das vorstellen?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Erwägenswert ist es auf jeden Fall, gut vorbereitet zu sein, ich muss aber im Moment feststellen, dass keine Mittel im Haushalt für dieses Thema eingestellt sind und dass wir ab 2010/ 2011 im Rahmen der Finanzplanung natürlich jederzeit die Möglichkeit haben, dafür Mittel einzustellen. Den Prozess der planerischen Vorbereitung zu betreiben, halte ich für eine sinnvolle Sache, damit man im Jahr 2010 nicht bei Adam und Eva anfangen muss, sondern sich vorher schon mit der Frage beschäftigt.

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Kasper** (SPD): Ja, bitte! Die bezieht sich auch, im übertragenen Sinne, auf Adam und Eva. Es gibt Bevölkerung, die dort wohnt, die dann irgendwann zur Kasse gebeten wird. Wäre es nicht eine Fairness der Politik und der Verwaltung, der Bevölkerung dort zu sagen, im Jahr 2010 fangen wir an, 2013/ 2014 müsst ihr bezahlen, dass man jetzt schon dieses Signal transportiert, damit sich die Menschen dort vor Ort, das sind nicht gerade wohlhabende, darauf einstellen können, dass sie irgendwann zur Kasse gebeten werden?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Zur Kasse gebeten werden! Es werden ganz normal die Bestimmungen des Landesstraßengesetzes herangezogen, da gibt es kein spezielles Zur-Kasse-Bitten, sondern ganz regulär, was im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen stattfindet. Darüber kann man auch informieren, das ist auf jeden Fall ein guter Hinweis.

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage vom Kollegen Beilken! - Bitte sehr!

Abg. **Beilken** (Die Linke): Herr Senator, sind Sie einverstanden, Ihre Zusage der Beobachtung der Lage der Verkehrssicherheit dort vielleicht so zu gestalten, dass Sie zusagen, das einmal in Augenschein zu nehmen und es dahingehend einmal anzuschauen, was dort jenseits und bevor man eine neue Straße baut, für die Verkehrssicherheit getan werden kann?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Grundsätzlich und selbstverständlich kann ich das mit Ja beantworten. Ich habe es mir auch schon angeschaut, aber zum anderen möchte ich doch noch hinzufügen, ich muss den Satz noch einmal in aller Klarheit sprechen, weil das so klingt, als ob wir unserer Verkehrssicherungspflicht nicht nachkommen: In dem

Wissen, dass diese Straße in einem mangelhaften Zustand ist, stellen wir doch unsere Verkehrssicherungspflicht sicher. Darauf möchte ich hinweisen.

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Beilken** (Die Linke): Planen Sie irgendeine Art von Maßnahmen jetzt aufgrund dieser Debatte hier?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Wir werden das weiter begleiten und uns anschauen. Wenn es da Zweifel gibt, muss man dann eben konkrete Maßnahmen ergreifen, aber konkreter kann ich jetzt hier nicht werden.

(Abg. Beilken [Die Linke]: Anschauen ist gut, da bedanke ich mich!)

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage vom Kollegen Hamann! - Bitte!

Abg. **Hamann** (SPD): Herr Senator, es ist ja mehrfach das Stichwort Sicherheit gefallen. Ist Ihnen irgendetwas bekannt über Unfälle aufgrund der Unsicherheit dieser Straße? Gibt es da Tote, Verletzte? Ist Ihnen da etwas bekannt?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Das ist ja das Paradoxe, dass an solchen schlechten Straßen besonders vorsichtig und langsam gefahren wird und dass deshalb häufig dort weniger Unfälle passieren.

(Beifall bei der SPD)

Das ist jetzt kein Plädoyer für den Erhalt des schlechten Zustands. Ich wollte nur sagen, dass da keine signifikanten oder gar überproportional viele Unfälle festgestellt werden, eher unterproportional.

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Hamann [SPD]: Nein, vielen Dank! - Abg. Röwekamp [CDU]: Damit ist die Fragestunde beendet! - Heiterkeit)

Vielen Dank, Herr Senator!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen - Senator Dr. Loske: Ich hatte mir schon gedacht, dass darin viel emotionale Energie ist!)

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf die **Baumfällgenehmigungen in Bremen-Nord**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Arnold-Cramer, Kasper, Dennhardt, Dr. Sieling und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Arnold-Cramer** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie viele Anträge auf Baumfällgenehmigungen wurden in den letzten zwölf Monaten in Bremen-Nord gestellt, und wie viele Genehmigungen wurden erteilt?

Zweitens: Ist es üblich geworden, statt der schriftlichen Baumfällgenehmigungen diese jetzt nur mündlich zu erteilen?

Vizepräsident Ravens: Auch diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Im Jahr 2007 wurden insgesamt circa 70 Anträge auf Baumfällungen für den Bereich Bremen-Nord beim Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa gestellt. Bei circa 20 Anträgen konnte im Vorwege zwischen Antragstellern und Antragstellerinnen und Behörde geklärt werden, dass es sich um nicht nach der Baumschutzverordnung geschützte Bäume handelte, dass eine Rücknahme der Anträge erfolgte oder dass eine Entlassung der Bäume aus den Schutzvorschriften „von Amts wegen“ aufgrund nicht mehr vorhandener Schutzwürdigkeit oder Gefahren für die Öffentlichkeit notwendig wurde. Bei 53 mit Bescheid abgeschlossenen Vorgängen handelte es sich um 34 Befreiungen von Schutzvorschriften der Bremischen Baumschutzverordnung, 19 Anträge wurden abgelehnt.

Zu Frage 2: Es ist nicht üblich, dass der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa statt der schriftlichen Befreiung von oder Gestattung nach den Schutzvorschriften der Bremischen Baumschutzverordnung diese mündlich erteilt. Mündliche Freigaben kommen nur in Betracht, wenn aufgrund der Gegebenheiten, zum Beispiel bei Gefahr im Verzuge, ein Bescheid sofort erteilt werden muss und das Ausstellen des schriftlichen Bescheides zur Abwendung einer unmittelbar drohenden Gefahr nicht abgewartet werden kann. In allen anderen Fällen werden die Bescheide schriftlich erteilt. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Ravens: Besteht der Wunsch nach einer Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Arnold-Cramer** (SPD): Herr Senator, welche Konsequenzen haben die Unternehmen zu befürchten, die eine schriftliche Genehmigung nicht haben?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Es sind ja nicht nur Unternehmen, die so etwas beantragen, sondern auch Privatpersonen. Wenn wir jetzt auch einmal zur Sache kommen: Ich kenne ja den konkreten Fall, der Sie wahrscheinlich veranlasst hat, diese Frage zu stellen. Bei den 19 abgelehnten Bescheiden auf Baumfällungen, von denen ich soeben sprach, war es in 11 Fällen so, dass die Anträge der Bau-gesellschaft, das Bauunternehmen, das Unternehmen der Wohnungswirtschaft oder wie ich es nennen soll, das diese Anträge gestellt hat, zurückgewiesen wurden.

Das heißt also, da wird streng hingeschaut. Das dürfte Sie auch nicht wundern bei einer Behörde, die dem Baumschutz doch sehr stark verpflichtet ist. In dem konkreten Fall, den Sie vielleicht meinen - das nehme ich einfach einmal an - ist es also so gewesen, dass es keine mündliche Vorabgenehmigung gegeben hat, und wir sind insofern auch der Meinung, dass das Tätigwerden der Firma ohne Vorliegen der schriftlichen Genehmigung verwaltungsrechtlich nicht legitimiert war, der Eingriff in einen geschützten Baumbestand also ordnungswidrig erfolgte.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Arnold-Cramer** (SPD): Wird Ihre Behörde dann entsprechend hier tätig?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Meine Behörde ist in dieser Sache immer tätig! Jede Sache, die an uns herangetragen wird in Sachen Baumschutz, darauf lege ich als Senator auch allergrößten Wert, wird gewissenhaft geprüft. Wenn wir natürlich keine Verweigerungsmöglichkeit haben, dann müssen wir genehmigen, ob wir wollen oder nicht. Häufig versuchen wir aber, das habe ich mir auch noch einmal von meinen Fachleuten erklären lassen, im Zuge der Vorabgespräche zu klären, ob es überhaupt einen Anspruch gibt, ob es überhaupt die Möglichkeit einer Ausnahmeerteilung gibt. Da kann man schon eine ganze Menge abräumen, ungefähr ein Drittel der Fälle. Dann kommt es bei den verbleibenden zwei Dritteln zu schriftlichen Anträgen, und von diesen schriftlichen Anträgen

- die Relation habe ich ja ungefähr genannt - wird ein großer Teil genehmigt und ein etwas kleinerer Teil nicht. Sie können also sicher sein, dass das gewissenhaft geprüft wird, und der Fall, der Ihnen möglicherweise vor Augen ist, ist ein sehr spezieller Fall, und da schauen wir ganz besonders hin.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Arnold-Cramer** (SPD): Sie haben das Prüfverfahren schon angesprochen, Herr Senator. Wie ist es, wenn ein Antrag auf Baumfällung gestellt wird? Nehmen Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den Baum selbst in Augenschein, oder können auch private Gutachten zu diesem Baum eingereicht werden, um die Entscheidung zu beschleunigen?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Ich schaue mir selbst nicht jeden Baum an,

(Heiterkeit)

aber die Fachleute aus dem Haus schauen sich das, wenn immer möglich, selbst an, um sich nicht auf das Urteil anderer zu verlassen. Gelegentlich wird aber auch das Urteil anderer herangezogen, beispielsweise Gartenbaufachbetriebe, die ja in dieser Angelegenheit auch kundig sind und auf deren Urteil wir uns verlassen können.

Vizepräsident Ravens: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Vielen Dank, Herr Senator!

Die sechste Anfrage in der Fragestunde befasst sich mit dem Thema „**Löschen von Schülerdaten**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Rohmeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Rohmeyer!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Nach welchem Verfahren und mit welchem behördeninternen Ablauf werden Schülerdaten aus der Magellan-Software gelöscht?

Zweitens: Welche Fälle sind für eine Löschung vorgesehen, und wer prüft diese im Vorfeld der Datenlöschung?

Drittens: Wie stellt der Senat sicher, dass von einer Grundschule zur Löschung gemeldete und noch nicht eingeschulte Schülerinnen und Schüler sich nicht der Schulpflicht entziehen?

Vizepräsident Ravens: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Jürgens-Pieper.

Senatorin Jürgens-Pieper: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2: Aus der zentralen Datenbank der Schulverwaltungssoftware Magellan werden keine Schülerdaten gelöscht, da Verlaufsdaten für die Zwecke des Verfahrens unabdingbar sind. Dies ist auch so in der Verfahrensbeschreibung mit dem Landesbeauftragten für den Datenschutz vereinbart. Schulen können lediglich eigene Eintragungen von Datensätzen über Bewerberinnen und Bewerber, die nicht eingeschult worden sind, zur Löschung aufgeben. Das Verfahren hierzu ist mit Rundschreiben 228/2007 mitgeteilt worden.

Zu Frage 3: Für alle in der Stadt Bremen im Einwohnermelderegister gemeldeten nicht volljährigen Personen findet eine permanente Schulpflichtüberwachung statt. Diese wird durch die Behörde der Senatorin für Bildung und Wissenschaft durchgeführt. Grundschulen melden gegebenenfalls eine nicht erfolgte Einschulung oder Abmeldung von schulpflichtigen Personen. Liegt dazu aber keine Abmeldung beim Einwohnermelderegister vor, leitet das Zentrum für schülerbezogene Beratung beim Landesinstitut für Schule im Auftrag der senatorischen Behörde die notwendigen Maßnahmen, gegebenenfalls auch unter Einschaltung weiterer Fachdienste, zur Schulpflichterfüllung ein. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Frau Senatorin, Sie haben ja in Ihrer Antwort auf das Informationsschreiben 228 aus dem Jahr 2007 hingewiesen. Das in diesem Informationsschreiben beschriebene Verfahren ist zumindest für Schulen nicht ganz eindeutig gewesen, denn wenn ich daraus zitieren darf, werden Schulen aufgefordert, wenn ein Schüler gelöscht werden soll, den Namen einzugeben, und dann werden die Datensätze automatisch ohne weitere Absprache gelöscht.

Da wir nun gerade den Fall Körnerwall hatten zu dem Zeitpunkt: Können Sie ausschließen, dass hier Schülerinnen und Schüler nicht von einer Schule als gelöscht gemeldet werden, weil dort zum Beispiel eine Abmeldebescheinigung für eine private Schule vorliegt und dann hinterher diese Schülerin, dieser Schüler nicht an dieser privaten Schule ist? Wie werden denn die Schülerinnen und Schüler einer Schule in freier Trägerschaft erfasst? Sind sie auch in der Magellan-Software

mit einem Vermerk „freie Schule“ enthalten, oder sind sie dann ganz aus dem Magellan-System heraus?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Zur zweiten Frage muss ich sagen: Das kann ich Ihnen nicht beantworten, das kann ich nur nachreichen. Ich denke, da geht es immer darum, ob sie in der öffentlichen Schule gemeldet sind oder nicht, und dann verschwinden sie allerdings erst einmal aus den Datensätzen. Das will ich Ihnen aber bitte auch noch einmal genau mitteilen.

Das andere, Sie haben ja das Informationsschreiben zitiert: Als ich es das erste Mal gelesen habe, war ich auch etwas irritiert, muss ich ehrlich sagen. Da hätte ich an Ihrer Stelle auch eine Anfrage gestellt. Ich habe in der Rede präzisiert, dass die Schulen nicht selbst löschen können. Das geht hier auch aus dem letzten Satz, den Sie nicht zitiert haben, hervor: „Diese Datensätze werden dann von uns ohne weitere Absprache gelöscht.“ Das heißt also, dass hier markiert wird und wir dann erst nach der Nachprüfung die Eintragungen löschen. Das heißt, die Schulen können nicht selbst löschen, aber es ist, wie gesagt, etwas verwirrend formuliert.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Frau Senatorin, ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns nachreichen könnten, was mit den Schülerinnen und Schülern passiert, die an den Schulen in freier Trägerschaft gemeldet sind! Ich wäre Ihnen auch dankbar, wenn Sie vielleicht in Zukunft darauf drängen würden, dass Informationsschreiben aus Ihrem Haus auch allgemein verständlich formuliert werden!

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Das werde ich gern tun!

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Vielen Dank!)

Vizepräsident Ravens: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Vielen Dank, Frau Senatorin!

Die siebte Anfrage trägt den Titel „**Cultural Cities Net 2010**“. Diese Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Krusche, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Krusche!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Beteiligt sich die Freie Hansestadt Bremen am „Cultural Cities Net 2010“, einem Netzwerk, das eine Zusammenarbeit aller Bewerberstädte zur Kulturhauptstadt 2010 in Deutschland und Ungarn zum Ziel hat?

Zweitens: Wenn ja, mit welchen Projekten oder Projektbeiträgen will sich Bremen an der Arbeit des „Cultural Cities Net 2010“ beteiligen?

Vizepräsident Ravens: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Staatsrätin Emigholz.

Staatsrätin Emigholz: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Der Senator für Kultur beabsichtigt, diesem Projekt, das Mitte Januar in Berlin gestartet wurde, beizutreten. Mit rund 20 deutschen und ungarischen Städten soll bis 2010 gemeinsam an der Realisierung von Konzepten, mit denen sie sich für den Titel „Kulturhauptstadt Europas 2010“ beworben hatten, gearbeitet werden. Im Jahr 2010 präsentieren sich diese Städte im Rahmen des Kulturhauptstadtprogramms.

Der Senator für Kultur möchte mit seiner Beteiligung dieses Netzwerk unterstützen und die Projekte im Rahmen der zur Verfügung stehenden Ressortmittel fördern. Die Projektinitiativen befinden sich derzeit in Vorbereitung und werden der Deputation für Kultur im Anschluss zur Beschlussfassung vorgelegt. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Zunächst einmal begrüße ich es außerordentlich, dass Bremen sich an dieser europäischen Kulturinitiative beteiligen will. Gleichwohl habe ich noch einmal eine konkretere Nachfrage, weil die Antwort eher ein bisschen zurückhaltend klingt: Können Sie uns zusagen, Frau Staatsrätin, dass das Ressort der Kulturdeputation möglichst zeitnah berichten wird, an welchem Kulturprojekt Bremen sich denn konkret in diesem City-Network beteiligen wird oder will?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Emigholz: Frau Krusche, wir waren auch deshalb so zurückhaltend, weil es das gute Recht des Parlaments ist, über das Budget zu entscheiden und mit zu gestalten, und deswegen

wollen wir mit Ihnen die Dimension der anzumeldenden Projekte natürlich auch vorher besprechen und werden diese auch sehr transparent erarbeiten. Wir müssen eine Budgetfestlegung vornehmen, was wir uns an Investition vorstellen können, und im Rahmen dessen werden wir dann auch Projektvorschläge machen, die auch sehr zeitnah vorgelegt werden. Wir hoffen, das im ersten Schritt noch vor den Osterferien machen zu können.

(Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen]: Schönen Dank!)

Vizepräsident Ravens: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Vielen Dank, Frau Staatsrätin!

Die achte Anfrage steht unter dem Betreff „**Arbeit der Fluglärmkommission transparent gestalten**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Dr. Schaefer, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Dr. Schaefer!

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Gründe führen dazu, dass die Sitzungen der Fluglärmkommission nicht öffentlich stattfinden, und wie bewertet der Senat Forderungen nach einer grundsätzlichen Öffentlichkeit dieses Gremiums?

Zweitens: Wie häufig tagt die Fluglärmkommission, und hält der Senat diese Anzahl für ausreichend, um anstehende Entscheidungen zeitnah in der Fluglärmkommission zu bearbeiten?

Drittens: Wie kann nach Ansicht des Senats mehr Transparenz bei der Wahl der Mitglieder, den laufenden Diskussionen und Entscheidungen der Fluglärmkommission erreicht werden?

Vizepräsident Ravens: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Heseler.

Staatsrat Dr. Heseler: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Einrichtung der Fluglärmkommission ist in Paragraph 32 b des Luftverkehrsgesetzes geregelt. Hier wird ausgeführt, dass zur Beratung der Genehmigungsbehörde sowie der für die Flugsicherung zuständigen Stelle über Maßnahmen zum Schutz gegen Fluglärm und gegen Luftverunreinigungen für jeden Verkehrsflughafen eine Kommission gebildet werden muss.

In der Geschäftsordnung der Fluglärmkommission für den Verkehrsflughafen Bremen ist geregelt, dass die Sitzungen der Kommission nicht öffentlich sind. Diese Regelung wurde wiederholt in der Kommission beraten und eine Änderung abgelehnt. Der Senat überlässt die Fragestellung der Öffnung der Sitzungen für die Öffentlichkeit dem Selbstbestimmungsrecht der Fluglärmkommission.

Zu Frage 2: Die Fluglärmkommission tagt nach Bedarf, mindestens jedoch zweimal jährlich. Die Geschäftsordnung enthält außerdem eine Regelung, nach der eine Sitzung anberaumt werden muss, sofern mindestens vier Mitglieder dies fordern. Für den Fall, dass anstehende Fragestellungen nach Ansicht von Kommissionsmitgliedern nicht rechtzeitig zu einer Empfehlung an Genehmigungsbehörde oder Flugsicherung führen, besteht durch die vorhandene Regelung jederzeit die Möglichkeit, eine zusätzliche Sitzung der Kommission zu beantragen.

Zu Frage 3: Die institutionelle Zusammensetzung der Fluglärmkommission ist durch Paragraph 32 b Luftverkehrsgesetz vorgegeben. Die Kommission soll insgesamt nicht mehr als 15 Mitglieder umfassen. Um Vertreterinnen und Vertreter der vom Fluglärm betroffenen Stadtteile und Umlandgemeinden umfassend zu beteiligen, setzt sich die Kommission wie folgt zusammen: Neustadt 2, Obervieland 2, Huchting 2, Stuhr 2, Hemelingen, Delmenhorst, Osterholz und Weyhe jeweils einer. Darüber hinaus sind die Bundesvereinigung gegen Fluglärm, Lufthansa Flight Training, OLT, Flugsicherung Bremen, Flughafen Bremen GmbH, der Senator für Wirtschaft und Häfen, die Senatorin für Finanzen, der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa, die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales und die Vereinigung zum Schutz Fluglärmgeschädigter e. V., die letztere mit 2, in der Kommission vertreten, insgesamt also 23 Mitglieder.

Der Senat geht davon aus, dass sich die Fluglärmkommission in der von ihr für angemessen befundenen Weise in der Öffentlichkeit präsentiert. Eine Einflussnahme des Senats ist diesbezüglich nicht angezeigt. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Sie hatten gerade ausgeführt, dass zumindest 4 Vertreterinnen und Vertreter der senatorischen Behörde der Fluglärmkommission angehören. Welche Empfehlung würden Sie denn diesen 4 Vertreterinnen und Vertretern mitgeben, wenn

zum Beispiel innerhalb der Fluglärmkommission Vertreterinnen oder Vertreter der Beiräte einen Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung, nämlich hinsichtlich einer Öffentlichkeitsöffnung, beantragen würden?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Sie beziehen das jetzt nur darauf, wenn Vertreter der Beiräte dies beantragen, Frau Dr. Schaefer. Das Problem scheint mir zu sein, dass es auch in den Beiräten sehr unterschiedliche Meinungen zu diesem Thema gibt. Es ist offensichtlich mehrfach in der Fluglärmkommission diskutiert worden. Einzelne Beiräte sind für Öffentlichkeit, andere sind dagegen. Ich persönlich oder sagen wir einmal, ich in meiner Funktion als Staatsrat für Wirtschaft und Häfen könnte theoretisch nur unseren Vertreter anweisen, und dann ist auch die Frage, wie man ihn anweisen soll. Ich glaube, das Thema Öffentlichkeit ist schwierig. Ich wäre eigentlich am liebsten auf der Suche nach einem Mittelweg, nämlich nicht zu sagen, diese Kommission soll generell öffentlich tagen, aber möglicherweise gibt es dann auch den Weg, dass die Kommission entscheidet, zu einzelnen Themen dann doch gelegentlich einmal öffentlich zu tagen.

Die Position des Senats ist hier aber eindeutig, und ich finde, auch richtig, zu sagen: Die Kommission selbst muss hier entscheiden. Wenn Sie die Zusammensetzung sehen - 23 Vertreter, das sind schon ein paar mehr, als gesetzlich überhaupt vorgesehen sind -, dann können die derzeit 4 Senatsvertreter ja nicht die Mehrheit bestimmen und auch nicht bestimmte Entwicklungen verhindern. Ich glaube, wenn sich die Kommission mehrheitlich darauf verständigen würde, dass sie Einzelfragen öffentlich behandelt, wird es nicht am Senat scheitern. Die Beiräte besitzen, wenn Sie die Zusammensetzung sehen, einen sehr hohen Einfluss innerhalb dieser Kommission, und wenn sie einig wären, das öffentlich zu machen, dann wäre auch sicherlich die Senatsposition nicht die, eine Öffentlichkeit in einzelnen Fragen zu verhindern.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, danke!)

Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Dennhardt.

Abg. **Dennhardt** (SPD): Herr Staatsrat, der Senat sammelt derzeit verstärkt Erfahrungen mit der Öffentlichkeit von Gremien, insbesondere in den

Deputationen, er hat aber auch schon länger Erfahrungen mit der Öffentlichkeit in den Beiräten. Würden die Erfahrungen, die der Senat mit der Öffentlichkeit in diesen Gremien gemacht hat, denn dagegen sprechen, die Öffentlichkeit für die Fluglärmkommission herzustellen?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Das ist jetzt eine schwierige Frage! Natürlich ist es berechtigt, dass wir solche Themen auch öffentlich verhandeln. Diese Themen sind wichtig und müssen zum Teil auch in der Öffentlichkeit erörtert werden. Andererseits, bezogen auf die Fluglärmkommission, muss man, glaube ich, auch sehen, dass wir ein Beratungsgremium nicht nur für den Senat wollen, sondern auch für die Flugsicherung und andere Einrichtungen, und sehr widerstreitende Interessen auf der fachlichen Ebene dort zum Ausgleich bringen wollen. Da ist es manchmal, glaube ich, schon angeraten, dass ein Kreis von 15 oder 20 Menschen unter sich bleibt und nicht nur für die Öffentlichkeit redet. Also, ich würde es sehr ambivalent sehen und sagen, man sollte lieber fallbezogen Öffentlichkeit herstellen und es nicht generell regeln, da es häufig auch sehr komplizierte Themen gibt, die dort behandelt werden.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage, Herr Dennhardt? - Bitte sehr!

Abg. **Dennhardt (SPD):** Heißt das, Sie sind der Meinung, dass sich die Situation in der Fluglärmkommission im Hinblick auf die Schwierigkeit fachlicher Diskussionen grundlegend von den entsprechenden Schwierigkeiten in den Deputationen unterscheidet?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Nein, ich würde auch der Meinung sein, dass man in den Deputationen gelegentlich bestimmte Themen lieber ohne den Blick auf die öffentliche Wahrnehmung in der Presse behandelt. Das ist aber meine persönliche Meinung, das sage ich ausdrücklich.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Dennhardt [SPD]: Nein, danke!)

Eine weitere Zusatzfrage liegt nicht vor. - Herzlichen Dank, Herr Staatsrat!

Die neunte Anfrage trägt die Überschrift „**Elternbriefe des Amtes für Soziale Dienste**“. Die An-

frage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Ahrens, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Kollegin Ahrens!

Abg. Frau **Ahrens (CDU):** Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie viele ersterziehende Eltern machen jährlich von dem Informationsangebot in Form des Elternbriefes des Amtes für Soziale Dienste Gebrauch?

Zweitens: Ab wann werden Eltern aufgrund der vorgesehenen Kürzungen der Zuschüsse für Informationsmaterial für Eltern und Erzieher keine Elternbriefe mehr erhalten?

Drittens: Hat die zuständige senatorische Behörde die Suche nach Sponsoren für den Elternbrief bereits eingeleitet?

Vizepräsident Ravens: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Schuster.

Staatsrat Dr. Schuster: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Bis 2006 erhielten alle Eltern von neugeborenen Kindern ungefragt über sieben Jahre hinweg kostenlos die insgesamt 46 Elternbriefe. Seit 2006 erhalten alle Eltern neugeborener Kinder unmittelbar nach der Geburt ihres Kindes die ersten vier Elternbriefe mit der Option, sich für den weiteren kostenlosen Bezug bewusst zu entscheiden. 2006 entschieden sich 700 von 4428 angeschriebenen Eltern für den weiteren Bezug der Elternbriefe, 2007 waren es bis einschließlich Oktober 710 von 4520 angeschriebenen Eltern.

Zu Frage 2: Angesichts der geplanten Haushaltskürzungen 2008/2009 erhielten lediglich im November und Dezember 2007 die Eltern Neugeborener keine Elternbriefe. Der Weiterversand ab 1. Januar 2008 wurde möglich durch einen Antrag, der vom Amt für Soziale Dienste und der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales bei der Kinder- und Jugendstiftung gestellt wurde, um ein Zeitfenster für die Akquise von Sponsoren zu gewinnen. Die Kinder- und Jugendstiftung hat eine Summe von bis zu 30 000 Euro hierfür in Aussicht gestellt.

Zu Frage 3: Die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales hat bereits die Suche nach Sponsoren beziehungsweise nach geeigneten Finanzierungsmöglichkeiten für die Elternbriefe eingeleitet. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Ravens: Möchten Sie eine Zusatzfrage stellen, Frau Kollegin? - Bitte!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Ich gehe nach Ihren Antworten davon aus, dass Sie die Elternbriefe für genauso wichtig halten wie wir, sonst wären Sie nicht auf der Suche nach Sponsoren. Sie sagten soeben, dass die Kinder- und Jugendstiftung 30 000 Euro in Aussicht gestellt hätte. Im Haushaltsentwurf haben Sie geschrieben, dass es für die Elternbriefe einen Bedarf von 85 000 Euro gebe. Das heißt, dieser Betrag würde ja nicht einmal den Bedarf, wenn ich es richtig verstanden habe, für ein Jahr abdecken. Können Sie zu den 30 000 Euro und den 85 000 Euro noch einmal Stellung beziehen?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Schuster: Ob genau 85 000 Euro benötigt werden, hängt davon ab, ob wirklich alle Eltern die Elternbriefe dauerhaft beziehen wollen. Ich habe Ihnen gerade vorgelesen, dass, wenn gefragt wird, ein erheblicher Teil der Eltern die Elternbriefe nicht haben möchte. Deshalb werden die Kosten dort also reduziert. Es ist so, dass die 30 000 Euro der Kinder- und Jugendstiftung nicht ausreichen, um die Elternbriefe ein ganzes Jahr zu finanzieren. Wir hoffen aber, denn wir sind in Erfolg versprechenden Gesprächen darüber - man weiß es aber nie, ob es klappt, bevor man nicht das endgültige Ergebnis hat -, dass wir damit nur eine Zeit von vier bis fünf Monaten überbrücken müssen und in diesem Zeitraum dann einen Sponsor gefunden haben.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Wir haben heute Vormittag darüber debattiert, dass gerade Menschen aus sozial benachteiligten Stadtteilen dringend zusätzliche Hilfe benötigen. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, sind Sie der Auffassung, dass Menschen auf freiwilliger Basis diese Elternbriefe in Anspruch nehmen sollten. Gerade Menschen, die aus sozial schwierigen Verhältnissen kommen, haben vielleicht nicht rechtzeitig daran gedacht, sich zurückzumelden. Insofern habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie der Auffassung sind, dass man den Brief vielleicht nicht weiterhin an alle schicken, sondern weiterhin auf dieses angebotsannehmende Verhalten der Eltern zurückgreifen sollte?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Schuster: Das habe ich nicht gesagt, sondern ich habe gesagt, dass, wenn wir weiter bei diesem Angebot bleiben, wir nicht bei

85 000 Euro bleiben, wenn nachgefragt wird, ob die Eltern die Elternbriefe haben wollen, weil sich in zwei Jahren erwiesen hat, dass dann die Zahl der Rückmeldungen doch erheblich unter den Zahlen der Eltern liegt.

Außerdem hängt es natürlich davon ab, wie viel Bereitschaft ein Sponsor entwickelt oder wie viel Geld er letztlich dafür bereitstellen würde, um darüber zu entscheiden, welches Angebot man vorhalten kann. Die Sache ist einfach finanziell begrenzt.

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Ja, eine letzte! Es gibt jetzt verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen. Gibt es irgendwie eine Möglichkeit, die Elternbriefe in diesem Zusammenhang, in welcher Form auch immer, mit einzubringen, sodass man das als zusätzliches Angebot dort auch noch mit vorhält, oder ist in diese Richtung überhaupt nicht gedacht worden?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Schuster: Wir gehen bisher davon aus, dass es nicht möglich ist, das mit diesen Briefen entsprechend zu verbinden, weil es andere Rhythmen sind, in denen die Elternbriefe versandt werden. Wir haben insgesamt neun Vorsorgeuntersuchungen, aber 46 Elternbriefe in dem Zeitraum. Wir werden sicherlich noch einmal prüfen können, inwieweit einzelne Elternbriefe damit versandt werden können. Ich glaube aber nicht, dass damit eine Lösung für die Elternbriefe insgesamt gefunden wird, sondern dies wird nur möglich sein, wenn wir entsprechende Sponsoren finden.

(Abg. Frau Ahrens [CDU]: Danke schön!)

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage des Kollegen Öztürk!

Abg. **Öztürk** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Staatsrat, Sie haben vorhin betont, wie wichtig die Elternbriefe sind, und dass das Ressort und wir als Koalition auf der Suche nach einem Sponsor sind. Können Sie bestätigen, dass auch mehr als ein Sponsor zur Finanzierung der Elternbriefe infrage käme und dass es auch wünschenswert wäre?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Schuster: Ich möchte zu dem Thema nicht sehr viel sagen, denn man spricht nicht so öffentlich über die Frage, welche Sponsoren

wie vorhanden sind. Wir sind momentan aus unserer Sicht in sehr erfreulichen Gesprächen, bei denen es durchaus eine Bereitschaft gibt, sich dort zu engagieren, und wir müssen dieses Ergebnis erst abwarten. Falls dies nicht klappen sollte, würden wir natürlich weiter suchen, weil wir die Elternbriefe für ein Projekt halten, das auch für Sponsoren attraktiv sein könnte, sodass man dieses aus unserer Sicht natürlich sinnvolle Angebot auch weiter aufrechterhalten kann.

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Öztürk** (Bündnis 90/Die Grünen): Angenommen, man findet zeitgerecht Sponsoren oder einen Sponsor für die Elternbriefe, gibt es dann Überlegungen, diese Briefe entsprechend auch an die Menschen weiterhin zu verschicken, die sich eventuell nicht zurückmelden, bei denen man davon ausgehen kann, dass sie es entweder nicht verstehen oder nicht rückantworten werden, dass sie die Elternbriefe dennoch erhalten?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Schuster: Wenn es finanziell möglich ist, werden wir das sicherlich erwägen, weil wir natürlich wissen, dass nicht alle, die sich jetzt nicht zurückgemeldet haben, grundsätzlich sagen, diese Elternbriefe brauche ich überhaupt nicht. Man kennt ja seine eigene Trägheit, wenn man für irgendetwas befragt wird: Selbst wenn man umsonst etwas bekommt, heißt das noch lange nicht, dass man sich selbst zurückmeldet. Das Ganze ist aber immer von Finanzmitteln abhängig, die zur Verfügung stehen, und dann wird es sich entscheiden, was wir da machen können.

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. **Öztürk** [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, danke!)

Eine weitere Zusatzfrage von Frau Dr. Mohammadzadeh!

Abg. Frau **Dr. Mohammadzadeh** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Staatsrat, gibt es bei dieser neuen Planung der Elternbriefe Überlegungen, ob sie auch in anderen Sprachen außer in deutscher Sprache angeboten werden?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Schuster: Diese Überlegungen gibt es. Allerdings haben wir jetzt keine aktuellen Überlegungen, über fremdes Geld zu entscheiden, das weiter fortzuführen. Es gibt auch jetzt

schon neun deutsch-türkische oder türkisch-deutsche Elternbriefe, wie immer man es nennen will, die aber eben auch in türkischer Sprache abgefasst sind, die bereits versandt werden. Natürlich ist es auch wünschenswert, gerade angesichts der Tatsache, dass viele Kinder einen Migrationshintergrund haben, das sind bei den Null- bis Sechsjährigen ja 50 Prozent der Kinder, dies auch auf diese Eltern auszuweiten und dabei auch einzukalkulieren, dass sie eventuell kein Deutsch können.

Vizepräsident Ravens: Möchten Sie eine weitere Zusatzfrage stellen?

(Abg. Frau Dr. Mohammadzadeh [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, danke!)

Eine Zusatzfrage vom Kollegen Rupp!

Abg. **Rupp** (Die Linke): Ich habe die Frage, wenn Sie von Sponsoring der Elternbriefe reden, ob es damit verbunden ist, dass dann auf diesen Elternbriefen Werbung für ganz bestimmte Produkte gemacht wird.

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Schuster: Es ist nicht damit verbunden, dass auf den Briefen Werbung für ganz bestimmte Produkte gemacht wird.

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rupp** (Die Linke): Was heißt denn für Sie, die Elternbriefe für Sponsoren attraktiv zu machen?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Schuster: Natürlich wird man an einer Stelle erwähnen, dass diese Elternbriefe von Sponsoren unterstützt werden. Es wird jedoch keine Coca-Cola- oder McDonald's-Werbung oder so etwas auf den Briefen sein, um die Ernährungsgewohnheiten zu befördern.

(Abg. Rupp [Die Linke]: Okay, vielen Dank!)

Vizepräsident Ravens: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Meine Damen und Herren, damit haben wir die Fragestunde weit überschritten. Wir haben zwar noch zwei Anfragen, Anfrage 10 und 11, aber ich bitte, dass diese schriftlich beantwortet und den Abgeordneten vorgelegt werden.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Recycling-Stationen in Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 4. Dezember 2007
(Drucksache 17/53 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 12. Februar 2008

(Drucksache 17/76 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Loske.

Herr Senator Dr. Loske, ich gehe davon, dass Sie die Antwort hier nicht mündlich wiederholen möchten.

In eine Aussprache soll eingetreten werden.

Als ersten Redner rufe ich auf Herrn Kollegen Imhoff.

Abg. **Imhoff** (CDU)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir in Bremen haben in unserer Stadt 14 Recycling-Stationen, die gut funktionieren und mittlerweile auch gut von den Menschen angenommen werden. Hier können die Bürgerinnen und Bürger ihren sortierten Müll in erster Linie kostenlos abgeben, weil es über das Gebührensystem geregelt ist. Obwohl sie gut laufen, sollte man die Situation der Recycling-Stationen von Zeit zu Zeit beleuchten, weil der Recycling-Markt und auch das Verhalten der Bürgerinnen und Bürger sich immer wieder verändert.

Unsere Große Anfrage setzt sich vornehmlich aus drei Säulen zusammen: Die erste Säule ist, dass niedersächsische Anlieferer in Bremen ihren Müll abgeben. Der zweite Aspekt betrifft die Standortfrage, und die dritte Säule bezieht sich auf die Vertragssituation der Betreiber der einzelnen Recycling-Stationen.

Ich komme zu den Praktiken des niedersächsischen Umlands und des Bremer Recycling-Systems. Es gibt eine Studie, dass im Weserpark sehr viele Menschen aus Niedersachsen ihren Müll abliefern. Insofern kann das ein Problem sein, weil wir in Bremen diese Entsorgung praktisch schon über unser Gebührensystem betrei-

ben, und in Niedersachsen muss, wenn man etwas wegbringt, es vor Ort nach Aufwand bezahlt werden. Man könnte jetzt annehmen, dass praktisch die Bremer den niedersächsischen Müll mitbezahlen, aber das ist in der Frage des Senats eigentlich ganz gut beantwortet und stellt insofern kein Problem dar.

(Präsident Weber übernimmt den Vorsitz.)

Ich freue mich, dass wir hier eine vernünftige Antwort bekommen haben und dass es ordnungsgemäß geregelt ist.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist immer so!)

Das wollen wir ja einmal sehen, Herr Kuhn!

Kommen wir zu der nächsten Säule, zur Standortfrage! Sicherlich haben wir ein gutes Netz von Recycling-Stationen in Bremen, das heißt aber nicht, dass es optimal ist. Optimieren heißt für die CDU-Fraktion, dass endlich die geplante Recycling-Station in Borgfeld kommen muss. Dieser immer noch wachsende Stadtteil braucht diese bürgerfreundliche Art von Abfallrecycling vor Ort, und es fördert auch die Bereitschaft der Menschen, zu trennen und zu recyceln.

(Beifall bei der CDU)

Bei der Standortdiskussion muss man auch die Recycling-Station in Huchting betrachten. Wenn man es sich auf der Karte einmal anschaut, befindet sich die eine Station in Wardamm, und die andere Station liegt ungefähr fünf Autominuten davon entfernt, sie ist also fast in Sichtweite in Huchting. Nun wird es damit begründet, dass sie so räumlich getrennt ist durch die B 75. Das ist für mich eigentlich nicht der Grund, weshalb die Recycling-Station am Wardamm nicht so häufig angefahren wird. Schauen Sie sich das an, ich glaube, hier können wir eine Optimierung übernehmen! Am Wardamm ist definitiv nicht so viel Verkehr - das sieht jeder, der dort hinfährt - wie an anderen Recycling-Stationen, deswegen sollte man hier eine Optimierung vornehmen.

(Beifall bei der CDU)

Genauso würde ich eine Optimierung der beiden Standorte in Farge und im Hohentor bezüglich der Besucherfrequenz vornehmen, denn das hat die schon ältere Studie ergeben, dass dort etwas gemacht werden muss, oder dass man dort einen Ansatz hat. Ich glaube, dass wir das in nächster Zukunft weiter verfolgen und auch vorantreiben sollten. Ich kann nur darum bitten, dass wir gemeinsam diese Diskussion führen und schnell

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

eine Entscheidung zugunsten der Bürgerinnen und Bürger treffen können!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, kommen wir jetzt zu der Vertragssituation der einzelnen Betreiber von Recycling-Stationen! Wir haben 14 Recycling-Stationen, und diese werden wie folgt betrieben: Eine Station von der BEB mit einem unbefristeten Vertrag, eine Station von der ALU-RECYCLING seit 1992 mit unbefristetem Vertrag, eine andere Station, Gesellschaft für angewandte Stadtökologie, seit 1994 mit unbefristetem Vertrag. Dann haben wir eine am Weserpark, die das Umweltressort mit der METRO Asset Management betreibt, seit 1994 mit unbefristetem Vertrag, sieben Stationen der FBIR, seit 1994 unbefristete Verträge. Dann haben wir noch vier Stationen der ENO, die damals im Rahmen der Privatisierung 1998 einen 20-Jahres-Vertrag bekommen haben, was ich auch unproblematisch finde. Für problematisch halte ich, dass es keine Ausschreibungen gibt oder gegeben hat! Haben wir etwas zu verschenken in Bremen oder nicht? Nein, haben wir nicht! Waren die Leistungen der Recycling-Stationen immer so perfekt, dass es keine Überlegungen zum Wettbewerb gegeben hat? Ich wüsste einige Beispiele, wo es nicht rund lief oder läuft. Wettbewerb wird uns dort allen helfen.

Was ist daraus die Konsequenz? Wir möchten, dass die Verträge aller Recycling-Stationen zum nächstmöglichen Zeitpunkt gekündigt und fristgerecht ausgeschrieben werden! Die Vertragslaufzeit der neuen Verträge sollte fünf Jahre betragen, weil erstens, ein Invest durch den Betreiber getätigt werden muss, und zweitens, die Bürgerinnen und Bürger sich vielleicht eventuell an neue Standorte gewöhnen müssen. Wichtig ist, dass auf den Recycling-Stationen von den Betreibern andere gewerbliche Aktivitäten als nur die Annahme von Wertstoffen der Bürger ausgeübt werden können, weil dies die sogenannten Vorhaltekosten deutlich senkt. In anderen Bundesländern wird das Verfahren bereits seit Längerem erfolgreich praktiziert. Das würde für Bremen meiner Ansicht nach eine Ersparnis von zirka 500 000 Euro bringen, wenn eine Ausschreibung vorgenommen werden würde, und das ohne Qualitätseinschränkungen.

Außerdem möchten wir, dass im Rahmen einer Ausschreibung darauf hingewirkt werden muss, dass die Vorhaltekosten für die Stadt Bremen deutlich reduziert werden. Zu erreichen ist dies durch einen Ausschreibungstext, in dem pauschal ein Entgelt für den Betrieb von Recycling-Stationen von den Interessenten abgefragt wird. Nicht

die Stadt Bremen, sondern der Betreiber soll in die Verantwortung gehen.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Erstens, es sollte eine Standardoptimierung geben, und zweitens, die unbefristeten Verträge sollten in einer beschränkten Ausschreibung ausgeschrieben werden! Lassen Sie mich zum Schluss sagen, wir haben diese Große Anfrage oder die Debatte hier nicht geführt, weil wir Kritik üben möchten. Nein, wir wollen uns konstruktiv weiterhin einbringen. Das Problem ist nicht neu, aber gemeinsam können wir Verbesserungen schaffen. Ich glaube, wenn wir das Thema in der Umweltdeputation vielleicht mit dem Senator gemeinsam dort weiter angehen, können wir eine Menge für Bremen herausholen, und ich freue mich auf die konstruktive Debatte. - Danke!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte auch zunächst noch einmal die angesprochenen Themenkomplexe, die relevant sind, sortieren. Ich glaube, dann wird auch besser deutlich und klar, dass kein politischer Handlungsbedarf besteht. Ich schätze das konstruktive Angebot des Kollegen Imhoff sehr, aber ich glaube, die Große Anfrage wäre an der Stelle hier nicht notwendig gewesen.

(Abg. Focke [CDU]: Sie hat aber lange gebraucht!)

Hier gibt es keinen politischen Handlungsbedarf und keine politische Brisanz.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es gibt eigentlich drei Themenkomplexe. Der eine ist die Frage der Standorte: Haben wir eine genügende, richtig verteilte Anzahl an Standorten? Da muss man doch feststellen, dass es sich bei der Frage der Standorte für Recycling-Stationen in der Tat auch um ein dynamisches System handelt. Wenn ein neues Wohngebiet entsteht wie in Borgfeld, dann gibt es da möglicherweise den Bedarf für eine Recycling-Station. An anderen Stellen gibt es Stationen, die kaum genutzt werden. Das heißt, das ist ein System, was einer permanenten Optimierung unterliegt. Herr Kollege Imhoff, Sie wissen genauso gut wie ich, dass wir das ständig betreiben, und sozusagen als Regelaufgabe machen. Die Fachabteilung arbeitet hier sehr gut, und wir begleiten es ständig über die Umweltdeputation und den Entsorgungsbetriebsausschuss.

Hier sehe ich überhaupt keine Notwendigkeit, dass politisches Handeln auf der Ebene des Parlaments erforderlich ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der zweite Bereich ist die Frage, ob jetzt die Betreuung der Stationen, das heißt Vergabe und Leistungsverträge, sachgerecht ist! Auch da sage ich ein eindeutiges Ja, und ich werde das auch noch einmal erläutern.

(Abg. Imhoff [CDU]: Wir wollten Sie gar nicht wiederhaben!)

Nein, ich agiere hier auch nicht mehr als Opposition, das müssten Sie ja gerade merken, sondern ich bin in der Fraktion, die die Regierung stützt.

(Abg. Focke [CDU]: Ja, ein erstaunlicher Wandel ist vorgegangen in Ihnen!)

Die dritte Frage ist doch, ob möglicherweise eine Entsorgung aus niedersächsischen Umlandgemeinden auf unseren Recycling-Stationen stattfindet, das heißt, dass hierfür der Bremer Müllgebührenzahler aufkommt. Auch hier muss man doch ganz klar feststellen, dass das nicht der Fall ist. Es ist so, dass die Anlieferungen aus dem niedersächsischen Umland entweder nicht signifikant sind, oder dass sie wie bei der METRO und beim Weserpark in der Tat gewollt sind, und dass die Finanzierung über die METRO wesentlich dargestellt wird, sodass das, denke ich, auch im Sinne einer guten Nachbarschaft, auch im Sinne eines guten Recycling-Systems eine optimale Lösung ist, bei der keinerlei Kritik in irgendeiner Weise angebracht ist.

Ich komme aber noch einmal zurück zu der Frage der Optimierung und der Standorte der Recycling-Stationen! Hier muss man doch sehr wohl hervorheben, dass wir ein ausgezeichnetes System haben, sowohl in der Dichte als auch in der Angebotspalette, und dass Bremen einen Spitzenwert einnimmt, was die Frage der Entsorgungsmöglichkeiten für Wertstoffe betrifft. Neben dem Holzsystem, was wir ja alle zu Hause nutzen für Papier, DSD-Kunststoffe und den Bioabfall, ist dieses Bringsystem zu den Recycling-Stationen ein wesentliches Standbein für die kommunalen Recycling-Angebote.

Ich möchte an dieser Stelle auch darauf hinweisen, dass diese Recycling-Stationen Anfang der 90er-Jahre durch das damals grün geführte Umweltressort institutionalisiert wurden. In der Folge hat es dann - und das sehr wohl auch zu Zeiten von zwei CDU-Umweltsenatoren, die ich auch beide miterleben durfte - eine ständige Optimie-

rung und Anpassung gegeben, die dazu führten, dass wir heute in Deutschland einen Spitzenwert einnehmen, und die dazu geführt haben, dass wir auch - und darum geht es ja vor allem neben einem bürgerfreundlichen System - eine hohe Recycling-Quote haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich komme eigentlich zu dem einzigen und letzten verbleibenden Punkt, wo irgendein Dissens besteht, nämlich hinsichtlich der Frage der Betreuung der jeweiligen Station! Das heißt - und da kann man doch auch das Kind beim Namen nennen -, hier geht es doch eigentlich, wenn ich das richtig verstehe, der CDU-Fraktion einzig und allein und im Wesentlichen darum, dass sie möchte, dass die gewerblichen Entsorger in diesen Markt zum Betrieb der Recycling-Stationen drängen. Da sage ich ganz eindeutig: Nein! Recycling-Stationen sind ausdrücklich eine Einrichtung für die privaten Haushalte, und zwar finanziert aus den Müllgebühren. Daher wären eine Einrichtung und der Betrieb solcher Stationen auf dem Gelände von gewerblichen Entsorgungsunternehmen abzulehnen.

Ich möchte Sie daran erinnern, wie schwierig es gerade in der Abfallwirtschaft ist, zwischen Verwertung auf der einen Seite aber auch Entsorgungsmisbräuchen auf der anderen Seite zu unterscheiden, und dass, wenn man keine eindeutigen Trennungen hat zwischen kommunalen Entsorgungssträngen und gewerblichen Entsorgungssträngen, dass, wenn man dann gewährleisten will, dass es zu keinen Missbräuchen kommt, es eines erheblichen bürokratischen Aufwands bedarf. Deswegen ist das der falsche Weg. Der Königsweg ist der, so wie wir es hier in Bremen haben, und wir sollten an diesem wirklich hervorragenden System festhalten!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich kann es als Fazit noch einmal zusammenfassen: Es besteht kein politischer Handlungsbedarf. Es gibt keine Änderungsnotwendigkeiten außer den bereits auf den Weg gebrachten Ergänzungsstandorten. Bremen hat ein ausreichend differenziertes, verlässliches und qualitätsgesichertes Angebot, das regelmäßig geprüft und bei Bedarf angepasst wird! - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dennhardt.

Abg. **Dennhardt** (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Abfall sollte, so gut es geht, von vornherein vermieden werden, und das, was wir an Abfall nicht vermeiden können, müssen wir weitestgehend wiederverwerten, damit unser heutiger Abfall zukünftigen Generationen nicht zur Last wird, sondern hilft, Neues aufzubauen.

(Beifall bei der SPD)

Dabei sind wir, wie die Antwort des Senats auf die Große Anfrage der CDU zeigt, auf einem guten Weg. 14 Recycling-Stationen haben wir jetzt in Bremen, mit der Eröffnung in Burglesum im April werden es 15 sein. Das begrüßen wir sehr. Wenn dann möglichst zügig in Borgfeld die schon länger geplante sechzehnte Recycling-Station verwirklicht wird, werden die Wege zur Recycling-Station für viele Bürgerinnen und Bürger in Bremen wieder ein Stück kürzer sein.

(Beifall bei der SPD)

Bestehende Unausgewogenheiten der Standorte, wie es in der Anfrage der CDU heißt, die übrigens bis zur letzten Senatswahl im vergangenen Jahr den verantwortlichen Senator gestellt hat, werden damit Schritt für Schritt weiter abgebaut. Die SPD-Fraktion begrüßt es, dass der Senat sein schon 2003 begonnenes Programm zur Standortoptimierung mit den Bestandteilen Flächendeckung, Verbesserung der Bürgernähe, Erweiterung der Angebotspalette und Verbesserung der Öffnungszeiten beständig fortsetzt.

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehört auch die Überprüfung einer Verbesserung der Lage der Recycling-Station in Farge. Dabei ist bei der Veränderung von Standorten und ihren Angeboten immer auch eine Abstimmung mit den Beiräten der betroffenen Stadtteile notwendig. Die bisherigen Lösungen zur Mitnutzung der Bremer Recycling-Station durch Bürgerinnen und Bürger aus Niedersachsen erscheinen, wie auch schon Herr Imhoff sagte, angemessen. Die Landesgrenzen überschreitende Nutzung der Recycling-Station könnte jedoch ein Hinweis darauf sein, dass bestimmte Entsorgungsfragen in der Metropolregion Bremen/Oldenburg in Zukunft möglicherweise besser gemeinsam gelöst werden können. Dies sollten wir im Auge behalten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir brauchen eine effektive, umweltschonende Abfallverwertung zu einem angemessenen Preis.

Bremen hat seit über zehn Jahren stabile, teilweise sogar sinkende Abfallgebühren. Um dies fortzusetzen, muss die Wirtschaftlichkeit der Verträge mit den Entsorgern aus Sicht der Gebührenzahlenden regelmäßig überprüft werden. Dabei muss auch ein dauerhafter Wettbewerb zwischen den Entsorgern entwickelt werden. Mit Abfall lassen sich längst gute Geschäfte machen. Je knapper unsere natürlichen Ressourcen werden, desto wertvoller werden unsere Abfälle als Sekundärrohstoffe. Die entsprechend dem Papierpreisindex gesteigerten Erlöse des Abfallgebührenhaushaltes für die Verwertung von Papier und Pappe weisen hier in die richtige Richtung. Von dieser Entwicklung sollen auch die Gebührenzahler in Form entsprechender Gebühren und eines verbesserten Angebotes profitieren.

Über eine Million jährliche Besuche in den Bremer Recycling-Stationen sind ein Beleg für die in der CDU-Anfrage schon benannte breite Akzeptanz des Abfallrecyclings in der Bevölkerung. Doch bei 540 000 Einwohnerinnen und Einwohnern ist hier auch noch ein großes Potenzial erkennbar. Wertsteigerungen bei den aus dem Abfall zurückgewonnenen Wertstoffen und Kostensenkungen durch technisch verbesserte Verfahren sollten wir auch nutzen, um den Bürgerinnen und Bürgern beim Recycling noch besser entgegenzukommen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es zum Beispiel gelingt, Standorte der Recycling-Stationen so zu wählen, dass auch die Zahl der Besuche mit dem Fahrrad oder zu Fuß sich erhöht, könnten noch größere Teile der Bevölkerung erreicht werden.

(Beifall bei der SPD)

So schön das Geschäft mit der Abfallverwertung ist, am meisten hilft uns Abfallvermeidung. Sie kann uns manchen Weg zur Recycling-Station ersparen. Eine besondere Verantwortung haben hierbei die produzierende Wirtschaft und der Handel. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (Die Linke)^{*)}: Herr Präsident, verehrte Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Es gibt Handlungsbedarf in vielen Fragen nicht nur

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

aus irgendeiner Not oder aus einer Kritik, manchmal kann man sich auch Handlungsbedarfe aus einer möglichen Perspektive entwickeln. Wenn man sich diese Bilanz der Recycling-Höfe in Bremen ansieht, gibt es viel Lobenswertes, und das ist auch schon gesagt worden. Ich habe es einmal als Anlass genommen, für uns zu klären, wo denn eigentlich Weiterentwicklungsperspektiven sind, mit denen wir uns demnächst beschäftigen wollen. Es kann sein, dass das wieder solche Dinge sind, die die rot-grüne Koalition sowieso macht und wir mit unseren Initiativen möglicherweise auch erneut offene Türen einrennen. Das wäre natürlich wunderbar!

(Abg. Frau Garling [SPD]: Bestimmt!)

Ich will aber einmal kurz ein paar Sachen ansprechen, die mich in dem Zusammenhang bewegen, und bei denen ich jetzt auch noch nicht sagen will, das muss man so oder so machen, aber ich sage es einfach: Man muss sich auch einmal die Frage nach der Beschäftigungsstruktur stellen und nach dem Lohnniveau sowie die Frage, wie viele Menschen beispielsweise als Ein-Euro-Jobber in diesen Recycling-Höfen arbeiten. Das werden wir uns einmal ansehen, denn wenn es so einen Hang gäbe, obwohl es vergleichsweise einfache Tätigkeiten sind, diese Form von gesellschaftlicher Daseinsvorsorge in einen „Sehr-Billiglohn-Bereich“ abzudrängen und dort Ein-Euro-Kräfte zu beschäftigen, wäre das etwas, was uns nicht so gut gefallen würde. Da ist es sicher lohnend, über sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nachzudenken. Unter Umständen ist da auch ein Bereich für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor.

Zur, ich sage einmal, Eigentumsstruktur der Recycling-Höfe und zur Einnahmesituation schauen wir einmal, ob es nicht möglicherweise auch Konzepte von Rekommunalisierung gibt und dass man diese Eigentumsverhältnisse noch einmal wieder ändert, wenn sie denn geändert werden können. Das werden wir uns einmal ansehen.

Ich glaube auch, dass, wenn wir vorhin, zu Beginn des Tages, über Wirtschaftsförderung und Perspektiven von Wirtschaft in Bremen diskutiert haben und auch über technische Innovation, kann man auch da noch einmal hinsehen, ob es nicht ein Bereich ist, wo man auf eine andere Art und Weise sinnvoll mit vergleichsweise wenig Geld Wirtschaftsförderung betreiben kann.

Drittens glaube ich, dass man nicht die Frage stellen muss, ob eigentlich Menschen aus Niedersachsen ihren Abfall hier in Bremen abladen dürfen, sondern man muss vielmehr schauen, ob es nicht Kooperationsbeziehungen über die Landes-

grenzen hinweg gibt, vor allen Dingen, wenn es räumlich so organisiert ist wie zum Beispiel am Weserpark, dass man dort sowieso ständig mit Menschen aus anderen Bundesländern konfrontiert ist. Warum sollen diese Menschen nicht ihren Abfall hier abladen und wir möglicherweise bei ihnen? Das ist vielleicht ein Blick auf die Kooperationsbeziehungen.

Last, not least: Die Erfahrungen gerade im Entsorgungssektor in anderen Bundesländern zeigen auf vielfältige Weise, dass man auch mit einer überzogenen Form von Wettbewerbsvorstellungen mit kurzfristigen Verträgen und auch sogenannten Ausschreibungen einmal richtig „in die Fettnäpfe treten“ kann, was Leistungsreduzierung und Gebührenerhöhung, aber auch Korruption und Vetternwirtschaft angeht. Deswegen wäre ich da auch sehr skeptisch und eher ein Freund von wirklich langfristigen Verträgen, auf die sich die Betreiberinnen und Betreiber verlassen und auch eine Perspektive entwickeln können, wohlgemerkt natürlich auch immer unter der Fragestellung, ob es wirtschaftlich ist, was sie machen, oder eben nicht, aber eben langfristig und als partnerschaftliche Beziehung aufgebaut, und nicht in erster Linie auf Wettbewerbsgedanken! - Vielen Dank!

(Beifall bei der Linken)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte die Gelegenheit nicht nutzen, auf den Sinn von Recycling hinzuweisen, denn wir wissen alle, wie sinnvoll das ist. Deswegen steht ja auch nicht zur Debatte, ob wir Recycling-Höfe haben, sondern nur, ob wir sie in ausreichender Zahl haben und wie denn die Vergabep Praxis dafür ist. Ich glaube, auf diese Punkte sollten wir das Ganze konzentrieren.

Zur Frage, ob wir ausreichend Angebote haben, gibt es, glaube ich, drei Punkte, die wir einfach sehen müssen. Zwei davon sind angegangen. Das eine ist Borgfeld, dort wird es eine Station geben, das finde ich gut, dass hier etwas passiert. Die nächste Frage ist Burglesum. Auch dort ist eine Lösung in Sicht, insofern Haken dahinter!

Die nächste Frage betrifft dann die Situation im Hohentor. Dort haben wir eine Station, die etwas weniger genutzt wird und die nicht so gut gelegen ist und deswegen vielleicht nicht so frequentiert wird, wie es sein könnte, wenn sie an anderer Stelle wäre. Da ist dann immer die Frage: Haben wir denn schon einen anderen Standort? Haben wir noch nicht! Deshalb muss dort meiner Mei-

nung nach für den Bereich der Neustadt noch einmal geschaut werden, ob es dort Alternativen gibt. Wenn es sie gibt, sollten wir uns dann in den zuständigen Gremien Gedanken machen, die Umweltdeputation wäre da beispielsweise geeignet, und dann entscheiden, ob wir da etwas haben.

(Beifall bei der FDP - Zuruf der Abg. Frau Dr. Mathes [Bündnis 90/Die Grünen])

Frau Dr. Mathes, das weiß ich doch! Da widerspreche ich doch gar nicht. Habe ich Sie kritisiert? Nein!

(Abg. Frau Dr. Mathes [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich wollte nur noch einmal darauf hinweisen!)

Ich weiß das, aber die Debatte habe ich auch nicht beantragt und die Große Anfrage nicht gestellt, aber trotzdem müssen wir uns ja mit den Ergebnissen auseinandersetzen. Das sind die drei Punkte, die überhaupt diskussionswürdig waren. Ich glaube, die sind auf einem guten Weg, und wir werden darüber weiter diskutieren.

Der einzige Kritikpunkt, der dann bleibt, und der bleibt auch, weil wir da unterschiedliche Auffassungen haben, auf jeden Fall als FDP, ist die Frage: Schreibt man regelmäßig aus, oder überprüft man die Verträge und passt sie an? Wir als FDP sind für eine regelmäßige Ausschreibung, ein sauberes Verfahren, bei dem man immer wieder die unterschiedlichen Anbieter in einen Wettbewerb stellt und dann schaut, wer denn der günstigste ist.

(Beifall bei der FDP)

Das ist ein wettbewerbliches Verfahren, dazu kann man eben eine andere Auffassung haben, dafür würden wir uns immer wieder einsetzen.

(Abg. Rupp [Die Linke] meldet sich zu einer Zwischenfrage. - Glocke)

Die letzte Frage ist dann noch, ob diejenigen Stationen, die bisher noch von staatlichen Stellen, vom Senator oder von den BEB, mitbetrieben werden, sinnvollerweise von diesen Stellen betrieben werden oder ob sie nicht auch an andere Betreiber gegeben werden sollten. Diese Frage kann man erörtern, wenn da dann einmal Diskussionen anstehen. Ich will sie jetzt nicht hier aus dem Augenblick heraus beantworten, aber ich will diese Frage angemerkt haben, wobei ich weiß, dass das eine schon in Kooperation läuft und das andere bei der Blocklanddeponie ist, weswegen da auch vielleicht eine Nähe zum Deponiebetreiber angebracht ist.

Herr Rupp, Sie haben eine Frage!

Präsident Weber: Herr Dr. Buhlert, das ist - - .

(Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Ich habe das nur festgestellt! - Heiterkeit)

Machen Sie mich nicht arbeitslos, das ist mein Job! Gestatten Sie eine Frage des Abgeordneten Rupp?

(Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Ja!)

Bitte, Herr Kollege Rupp!

Abg. **Rupp** (Die Linke): Herr Dr. Buhlert, ich habe eine Frage: Empfinden Sie es als eine Form von Entbürokratisierung, wenn Betreiberinnen und Betreiber von Recycling-Anlagen alle fünf Jahre sich einem erneuten Wettbewerbsverfahren aussetzen müssen?

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Herr Rupp, mir ist es wichtig, dass wir ein wettbewerbliches Verfahren haben. Für Wettbewerb muss auch der Staat, wenn er ein sauberes wettbewerbliches Verfahren haben will, ein wenig Bürokratie in Kauf nehmen. Über die Fristen habe ich im Gegensatz zum Kollegen Imhoff nichts gesagt.

(Abg. Rupp [Die Linke]: Okay!)

Ich war aber schon am Schluss und will deswegen nur noch einmal sagen, wir haben hier eigentlich wenig Dissens. Die Ausschreibungsfrage ist der Dissens, und darüber können wir an gegebener Stelle weiterdiskutieren. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Von den 14 und perspektivisch 16 Recycling-Stationen kann man ohne Weiteres sagen, sie sind ein ganz wichtiger Baustein in unserer abfallwirtschaftlichen Gesamtkonzeption. Die wohnortnahen und serviceorientierten Stationen werden im Jahr von ungefähr einer Million Besuchern genutzt. Ich glaube, das sind Zahlen, die für sich sprechen, und die wir positiv zur Kenntnis nehmen sollten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Was wir machen als Stadt und was wir auch kontinuierlich fortsetzen wollen, ist, dass diese Stand-

orte im Rahmen der Stadtentwicklung langfristig gesichert werden. Dabei geht es um die Themen Verkehrsanbindung, Nachbarschaftsschutz und die Berücksichtigung regionaler Besonderheiten, und das so weit wie möglich - das ist bisher ja auch gelungen, es ist keineswegs selbstverständlich, das kann ich aus anderen Städten definitiv sagen - konfliktfrei zu regeln. Auch das ist, glaube ich, sehr positiv hervorzuheben.

Wenn wir über die Kostenstruktur reden, Herr Dr. Buhlert, Sie haben es angesprochen, also, diese ganzen Stationen sind natürlich sehr stark von einem hohen Fixkostenanteil geprägt, deswegen muss es unser Bestreben sein, die Nutzungsintensität noch weiter zu erhöhen, damit wir da einfach höhere Kostendeckungsgrade hinbekommen. Aus diesem Grund ist es eben so wichtig, dass wir das Angebot der Stationen ausweiten. Wir haben jetzt in den letzten Jahren die Elektrogeräte und das Elektrozubehör als Ergebnis der Elektronikschrottverordnung hinbekommen, und wir haben in vielen anderen Bereichen eine ähnliche Tendenz.

Übrigens haben wir hier in Bremen teilweise sehr innovative Sachen. Viele wissen gar nichts darüber, zum Beispiel diese Bauteilebörse, ich weiß nicht, ob das jedem oder jeder bekannt ist. Vielleicht wissen es alle, aber ich finde, das ist eine tolle Sache, dass es eine Stelle gibt, die quasi versucht, ein bisschen zu managen, dass Sachen, die noch genutzt werden können, dann eben im Baubereich weiterverwendet werden. Das finde ich einen sehr guten und innovativen Ansatz. Insofern sind wir da schon nicht schlecht, können aber noch besser werden, das ist ohne Zweifel festzuhalten.

Was das Thema Kosten betrifft, Herr Dr. Buhlert, um hier noch einmal anzuknüpfen, wir überprüfen regelmäßig, wann die Verträge ablaufen und gekündigt werden, schauen dann, wie wir die Wirtschaftlichkeit der bestehenden Leistungsverträge verbessern können. Das lässt sich nicht zuletzt auch daran ablesen, dass in Bremen in den letzten zehn Jahren die Abfallgebühren im Wesentlichen konstant geblieben sind. Das ist auch keineswegs selbstverständlich für eine Stadt mit einer halben Million Einwohnern. Eines, glaube ich, muss aber auch klar sein: Wir müssen gerade im Abfallbereich beim Wettbewerb darauf achten, dass wir keinen reinen Dumpingwettbewerb, sondern dass wir einen Qualitätswettbewerb bekommen. Wir wollen keine Abwärtsspirale nach unten haben, sondern wir wollen eben, dass um klar definierte Ziele guter Wettbewerb stattfindet. Insofern gehe ich einmal davon aus, dass Sie auch nicht für Dumpingwettbewerb, sondern für Qualitätswettbewerb plädieren, das wäre jedenfalls vordringlich.

Zu der dritten und letzten Frage, ob uns die Niedersachsen hier Probleme bereiten oder unseren Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahlern, das ist ja in der Anfrage nachzulesen. Dies ist ein vernachlässigbares Problem, das kann man aus meiner Sicht ohne Weiteres sagen. Da, wo es ein Problem ist, beim Weserpark, haben wir eine Lösung gefunden, die finde ich pragmatisch, dass sich nämlich der Weserpark für seine niedersächsischen Kunden an den Kosten beteiligt und damit also faktisch keine Belastung der Bremer Gebührenzahler stattfindet. Ich glaube, das ist eine tragfähige Lösung.

Wenn ich die drei Fragen, die bei der Anfrage der CDU anklingen, beantworte: Sind wir bei den Standorten für Recycling-Stationen schon gut? Da würde ich sagen, ja, aber wir wollen weitere Stationen und noch bessere Erschließung im Raum. Zweitens: Sind die Vergabe- und Leistungsverträge sachgerecht? Da würde ich sagen, ja, sind sie, aber wir nutzen jede Gelegenheit eines ablaufenden Vertrages dazu, die Wirtschaftlichkeitskriterien zu verbessern.

(Abg. Dr. Buhlert [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage. - Glocke)

Drittens: Ist Niedersachsen, das Umland, das Herbringen von dort ein Problem für uns? Da würde ich sagen, nein, das ist es nicht, und da, wo es ein Problem sein könnte, versuchen wir, es pragmatisch zu lösen.

Präsident Weber: Herr Senator, akzeptieren Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Buhlert?

Senator Dr. Loske: Ja! Ich wäre jetzt zwar fertig, aber klar!

Präsident Weber: Bitte, Herr Kollege Dr. Buhlert!

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Es ist dankenswert, dass Sie das Schicksal von vorhin mit mir jetzt teilen, am Ende doch noch eine Frage zu beantworten. Zum Aspekt, wie unbefristete Verträge ablaufen, das ist mir nicht ganz klar geworden in Ihrer Antwort. Meinen Sie damit vielleicht, dass Sie die einfach regelmäßig überprüfen?

Senator Dr. Loske: Es gibt Verträge, die zeitlich befristet sind. Wenn Verträge zeitlich befristet sind, müssen sie bei ihrem Ablauf überprüft werden, aber grundsätzlich stehen wir im dauerhaften Gespräch mit den Betreibern dieser Anlagen, wo wir noch Wirtschaftlichkeitspotenziale sehen. Bei den Fixkosten und bei der Erhöhung der Deckungsbeiträge geht es uns vor allen Dingen darum, die Nutzungsintensität zu erhöhen, denn das

ist der beste Weg, die Kosten weiter zu drücken. - Schönen Dank, und das war es!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Imhoff.

Abg. **Imhoff (CDU)**¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal kurz zu Wort gemeldet, nicht um die Frage der gemeinsamen Feststellung hier zu diskutieren, ob Recycling-Stationen gut sind oder nicht. Es geht um den Dissens, wie Frau Dr. Mathes es ausgedrückt hat, was ich nicht ganz verstehen kann. Ich meine, wir schreiben alles aus in Bremen, um bei der Haushaltssituation, wie wir sie haben, das wird uns ja oft begründet, von wem auch immer, optimale Ergebnisse zu erreichen, damit wir Wettbewerb haben. Ob es Baumaßnahmen sind, sie werden ausgeschrieben, ob es die Beleuchtung für mehrere Jahre in Bremen ist, sie wird ausgeschrieben, es wird alles ausgeschrieben. Warum wird die Betreuung von Recycling-Stationen nicht ausgeschrieben? Kann mir das jemand beantworten? Ich kann nur ehrlich sagen: Ich bin ganz unglücklich darüber, Herr Senator Dr. Loske, und wenn Sie wirklich darüber nachdenken, muss dieses Problem angegangen werden.

(Beifall bei der CDU)

Warum gibt es einen Betreiber, der befristete Verträge hat, und fünf andere Betreiber, die unbefristete haben? Warum kontrollieren Sie den einen Betreiber, wenn dort die Frist ausläuft, bei den anderen schauen wir einmal so zufällig nach. Ich finde, das passt irgendwie nicht zusammen, und deswegen müssen wir dort im Sinne der Gerechtigkeit eine Ausschreibung machen, eine beschränkte Ausschreibung habe ich gesagt, wir brauchen das gar nicht europaweit durchzuführen, und zweitens auch, um für Bremen das Optimum herauszuholen. Es geht nicht, irgendwelche privaten „Abfallgeier“ hierher zu holen, Frau Dr. Mathes, es geht darum, das Optimum für die Stadt und für die Bürgerinnen und Bürger herauszuholen und den Gerechtigkeitssinn walten zu lassen. Das ist mein Ansinnen, und das werde ich in der Deputation noch einmal vortragen, und ich hoffe, dass wir dann eine Einigkeit herstellen. - Danke!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aussprache geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 17/76, auf die Große Anfrage der CDU Kenntnis.

Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2005

Mitteilung des Senats vom 5. Dezember 2006 (Drucksache 16/639 S)

Wir verbinden hiermit:

Jahresbericht 2007 über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung und der Haushaltsrechnung 2005 der Freien Hansestadt Bremen (Stadt) des Rechnungshofes vom 11. Januar 2007

(Drucksache 16/655 S)

und

Bericht und Antrag des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses zur Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen (Stadt) für das Jahr 2005 (Mitteilung des Senats vom 5. Dezember 2006 - Drs. 16/639 S) und zum Jahresbericht 2007 des Rechnungshofes vom 11. Januar 2007 (Drs. 16/655 S) vom 15. Januar 2008

(Drucksache 17/61 S)

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als Erstes lasse ich über die Entlastung des Senats, Drucksache 16/639 S, abstimmen.

Wer dem Senat gemäß Paragraf 114 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 118 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung Entlastung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft erteilt dem Senat Entlastung.

(Einstimmig)

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

Nun lasse ich über den Antrag des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses, Drucksache 17/61 S, abstimmen.

Wer den Bemerkungen im Bericht des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses, Drucksache 17/61 S, beitreten möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft tritt den Bemerkungen des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses bei.

(Einstimmig)

Im Übrigen nimmt die Stadtbürgerschaft von dem Jahresbericht 2006 des Rechnungshofes, Drucksache 16/655 S, und von dem Bericht des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses, Drucksache 17/61 S, Kenntnis.

**Bebauungsplan 2340
für Gebiete in Bremen-Osterholz und Hemelingen
zur Änderung von Festsetzungen in Teilgebieten der Geltungsbereiche von mehreren Bebauungsplänen**

Mitteilung des Senats vom 15. Januar 2008
(Drucksache 17/63 S)

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Hier ist vorgesehen, den Bebauungsplan an die städtische Deputation für Bau und Verkehr zu überweisen.

Wer der Überweisung des Bebauungsplanes 2340 zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Bau und Verkehr seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft überweist entsprechend.

(Einstimmig)

**Bebauungsplan 1299
für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen
- Steingutstraße
- Friedhof Grohn
- Jacobs University Bremen
- Bruno-Bürgel-Straße**

Mitteilung des Senats vom 15. Januar 2008
(Drucksache 17/64 S)

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 1299 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Verzögerungen beim Neubau des Klinikums
Mitte**

Antrag der Fraktion der FDP
vom 30. Januar 2008
(Drucksache 17/71 S)

Wir verbinden hiermit:

**Finanzierung des Masterplans des Klinikums
Bremen-Mitte absichern**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 19. Februar 2008
(Drucksache 17/78 S)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Rosenkötter.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Präsident Weber: Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Möllenstädt, pardon, Herr Kollege Dr. Möllenstädt. Herzlichen Glückwunsch nachträglich zu Ihrer Promotion!

(Beifall)

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP): Vielen Dank! Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ein Gebäude für ein Klinikum der Maximalversorgung soll an der St.-Jürgen-Straße neu entstehen. Bisher ist noch kein Stein des rot-grünen Klinik-

traums an seinem Ort, doch, das haben wir alle gemerkt, die Zeit der Krötenwanderung hat bereits begonnen. Für das Klinikum Bremen-Mitte entstehen durch das Scheitern des Vergabeverfahrens Kosten in nicht unerheblicher Höhe. Die Dialogpartner lassen sich zu Recht ihre im Rahmen des Verfahrens entstandenen Aufwendungen am Klinikum Mitte zumindest anteilig erstatten. Anders als vom zuständigen Staatsrat zuletzt in der Sitzung des Krankenhausausschusses des Landtags eingeordnet, handelt es sich dabei nach unserer Überzeugung als FDP zumindest nach dem landläufigen Verständnis keineswegs um geringe Beträge.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ob zusätzliche Schadenersatzforderungen von den Dialogpartnern möglicherweise noch darüber hinaus geltend gemacht werden, ist noch offen. Weiterhin trägt die Stadtgemeinde Bremen die Kosten für ein Rechtsgutachten zum weiteren Vorgehen Bremens im Hinblick auf das Vergabeverfahren, das bereits im Vorfeld des Scheiterns im Herbst vergangenen Jahres von der Gesundheitssenatorin und der Finanzsenatorin bestellt wurde. Zu einem Zeitpunkt, als der Senat zwischenzeitlich nicht mehr wirklich durchblickte und wissen wollte, wie das Verfahren überhaupt ordnungsgemäß weitergeführt oder beendet werden kann.

Dies alles ist die Bilanz der Uneinigkeit zwischen Rot und Grün auf Kosten des Klinikums Bremen-Mitte und des Bremer Stadthaushaltes. Über Wochen fand hinter den Kulissen ein Tauziehen zwischen der roten Gesundheitssenatorin und der grünen Finanzsenatorin statt. Noch am 26. November verlautbarte der Senat in einer Presseerklärung, das Vergabeverfahren werde fortgesetzt, und der Senat sei bereit, eine sogenannte Standortsicherungserklärung abzugeben, sofern diese nicht über den Entwurf vom 9. Februar hinausgehe. Es war spätestens Anfang September, aber im Grunde auch schon früher für viele erkennbar, dass dieses Dokument aufgrund der fehlenden Bankability den Dialogpartnern nicht ausreichen würde.

Ich bin der Meinung - und das ist auch der Grund, warum wir heute hier einen Antrag als FDP eingebracht haben -, es ist in der Zwischenzeit überhaupt nicht klar, was eigentlich seitens des Senats dazu beigetragen wurde, um an dieser Baustelle, die noch keine ist, wirklich voranzukommen.

(Beifall bei der FDP)

Man könnte es auch überspitzt in Anlehnung an einen bekannten Filmtitel so formulieren: Ich weiß

nicht, was du seit dem letzten Sommer getan hast.

(Beifall bei der FDP - Abg. Frau Busch [SPD]: Den Film kenne ich gar nicht!)

Da ist viel Zeit ins Land gegangen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Jeder Monat ohne eine Lösung für das Klinikum Mitte kostet Beitragszahler und Steuerzahler jede Menge Geld und gefährdet die Arbeitsplätze der dort Beschäftigten.

Die Gesundheitssenatorin überzeugt indes damit, dass sie jetzt eine Arbeitsgruppe eingesetzt hat. Dazu beglückwünschen wir sie herzlich. Diese Arbeitsgruppe soll erst einmal überlegen, was nun geschehen kann. Dem politischen Betrachter kommt dabei nur ein beliebtes Sprichwort in den Sinn: Wenn ich nicht mehr weiter weiß, - -. Das weitere Zitat spare ich mir.

(Beifall bei der FDP)

Vor diesem Hintergrund verstehe ich auch den Antrag, den SPD und Grüne nun hastig hier in die Stadtbürgerschaft eingebracht haben. Dabei sollen wir uns damit einverstanden erklären und es begrüßen, dass nun Konzepte entwickelt werden. Vergessen Sie dabei bitte nicht: Nicht der Weg ist das Ziel, sondern das Ziel ist das Ziel, und das Ziel bleibt auch das Ziel!

(Beifall bei der FDP)

Zur Position der Frau Bürgermeisterin und Finanzsenatorin Linnert, die heute nicht zugegen sein kann, kann ich nur sagen: Es ist ja richtig, Bremen tritt für vielfältige Aktivitäten richtigerweise als Bürger auf. Aber eben üblicherweise nicht für Gesellschaften, die jedes Jahr in Millionenhöhe Verluste schreiben! Bereits im „Weser-Kurier“ in der vergangenen Woche, am 15. Februar, ist nachzulesen, ich darf mit Erlaubnis des Präsidenten zitieren: „Es werde keine staatliche Absicherung des Kredits geben, wenn nicht eine realistische Berechnung vorliegt, sodass das Krankenhaus die Bedienung des 200-Millionen-Kredits auch erwirtschaften kann.“ Meine Damen und Herren, das heißt im Klartext, auch die Bürgerschaft ist bisher keinesfalls eine ausgemachte Sache, und ich frage Sie einmal selbst: Wie realistisch ist es denn, dass ein Klinikum, das in Millionenhöhe Verluste schreibt, einen Kredit in dieser Höhe wirklich bedienen kann? Ich halte das für eine Nummer aus dem Wolkenkuckucksheim. Unglaublich, so etwas zu formulieren und zu meinen, dass sich die Menschen darauf einlassen und ihnen das ernsthaft glauben!

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren von der Koalition, inzwischen ist nicht einmal mehr genau klar, was eigentlich gebaut werden soll. Im Gesundheitsressort ging man offenbar noch im Januar von dem Bauvolumen auf Grundlage des ursprünglich sogenannten Masterplans aus, von einigen kleineren Überarbeitungen war die Rede. Nun hat man auch dort festgestellt, dass aufgrund der Verteuerung von Baumaterialien allein die ohnehin sehr niedrig angesetzten Baukosten von damals 200 Millionen Euro kaum ausreichen dürften, um dieses ehrgeizige Vorhaben zu Ende zu bringen.

Was bedeutet das nun? Bedeutet das, dass nun irgendetwas gebaut wird, was maximal 200 Millionen Euro kosten wird, oder bedeutet das, dass der Masterplan so umgesetzt wird, wie es geplant war? Ich denke, das sollten Sie noch einmal genau überlegen und uns auch hier zeitnah Bericht erstatten. Ich bin sehr dafür, dass darüber gründlich nachgedacht werden kann. Wir haben deshalb hier auch den Antrag gestellt - und ich denke, dem sollten Sie auch zustimmen -, dass hier ein Bericht auch an die Bürgerschaft abgegeben wird, um verbindlich zu erklären, was Sie eigentlich vorhaben.

(Beifall bei der FDP)

Im Übrigen - und das ist der zweite Teil unseres Antrags - fragen wir danach, wann genau gebaut werden soll, denn inzwischen wird mit einer Zeitverzögerung von mindestens 13 Monaten gerechnet. Die zwischenzeitlich weiter anfallenden Millionenverluste des Klinikums Bremen-Mitte stecken Bremen und die Gesundheit Nord ja schließlich locker weg, das ist ja alles kein Problem! Auf Nachfrage der FDP im Krankenhausausschuss des Landtags verlautete vom Ressort die lapidare Antwort: Wann so ein ehrgeiziges Bauvorhaben abgeschlossen sei, könne man nun nicht zuverlässig sagen. Dies sei also quasi nicht prognostizierbar. Ich gebe Ihnen dazu einmal den Rat: Schauen Sie sich einmal ein großes Krankenhaus im Westen unserer Stadt an! Dort soll es bei einem jüngst abgeschlossenen Bauprojekt sogar schon einmal schneller gegangen sein, als man geplant hatte. Aber vielleicht hat das ja auch etwas damit zu tun, wer der Krankenhausträger ist. Schließlich baut im Falle des Klinikums Bremen-Mitte die Stadt, und in Gröpelingen baute ein freigemeinnütziger Träger.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, es ist also weder klar, was gebaut wird, noch wann gebaut wird. Aus diesem Grund, denke ich, ist es nur berechtigt, dass das nicht nur in den Medien verbreitet wird, sondern auch dieser Stadtbürgerschaft, nämlich

dem Stadtparlament Bremens, dazu ein Konzept vorgelegt wird. Dies ist das, was wir beantragt haben. Ich denke, dies ist etwas, wohinter sich alle Fraktionen des Hauses gut stellen könnten. Ich hoffe, dass auch Ihnen klar ist, dass sowohl für die Beschäftigten als auch für die Steuerzahler, als auch für die Beitragszahler in Bremen gilt: Diese haben einen Anspruch auf Transparenz. Wenn dies alles so unproblematisch ist, wie die beiden Senatorinnen den Bremerinnen und Bremern zu vermitteln versuchen, was spricht denn dagegen, dieses Parlament im Rahmen eines Berichts verbindlich über die Vorstellungen des Senats zu diesem Projekt zu informieren? In diesem Sinne bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Brumma.

Abg. **Brumma** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben jetzt einiges gehört, wie dramatisch alles ist. Also, rot-grüner Kliniktraum, dies muss ich zurückweisen, denn der Masterplan wurde schon in der Großen Koalition erstellt, und danach sollte auch gebaut werden. Damals hatte der Koalitionspartner auch zugestimmt.

(Zurufe von der FDP)

Nein, die FDP war es nicht! Ich sage, die Große Koalition hatte dies damals schon in die Wege geleitet, und über den Masterplan gab es keinen Streit. Jetzt geht es um die Finanzierung des ganzen Projektes, da haben wir immer gesagt, das muss vom Rechnungshof begleitet werden. Da wird es nach dem Dialogverfahren einen Wirtschaftlichkeitsvergleich geben, und da gibt es immer die Möglichkeit, dass es eben zuungunsten eines PPP-Modells ausfällt. Dies ist normales Geschäftsgebaren, und ich verstehe die Aufregung in diesem Fall nicht.

Zur Krankenhausentwicklung sage ich: Wir haben permanent diese Berichte, auch im Krankenhausausschuss. Das ist gut so. Ich verstehe deswegen nicht, dass wir hier in der Bürgerschaft noch einmal parallel Berichte erstellen oder beraten sollen. Sie haben im Ausschuss jederzeit die Möglichkeit, derartige Berichte zu verlangen. Es geht natürlich bei diesen Wirtschaftlichkeitszahlen auch um Konkurrenz, dies müssen wir klar sehen. Wir können nicht irgendwie Kosten und Zahlen öffentlich machen, dafür, denke ich, gibt es im Krankenhausausschuss die Möglichkeit, dies zu beraten. Hier verstehe ich Ihre Aufregung nicht.

In der letzten Sitzung haben wir über das Thema Krankenhäuser gesprochen, da war eindeutig, dass es in Bremen trotz dieser angeblich misslichen Lage immer noch einen Zuwachs von auswärtigen Patienten gibt. Wir haben 170 000 Fälle, und 70 000 kommen aus dem Umland oder aus Niedersachsen, die sich in Bremen behandeln lassen, vorwiegend in Schwerpunktdisziplinen. Das ist ein Zeichen, da muss ich ganz deutlich von unserer Seite sagen: Dies ist ein Erfolg der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den Kliniken.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir werden auch weiter daran arbeiten, wir werden Disziplinen konzentrieren, wie es im Masterplan vorgesehen ist. Dies ist die richtige strategische Ausrichtung, um Qualität und Arbeitsplätze in Bremen zu sichern.

Ein weiterer Punkt - Sie haben es im Ausschuss mitbekommen - ist, dass die freigemeinnützigen Kliniken mit den kommunalen Kliniken kooperieren wollen. Dies halte ich für richtig, denn auf dieser Ebene kann man einiges erreichen und die Qualität für die Patienten verbessern. Dort ist es nicht mehr als recht, dass man beim Masterplan noch einmal nachdenkt: Wo gibt es Kooperationsmöglichkeiten? Warum nicht? Dies muss erst einmal geschehen. Von daher sehe ich gute Möglichkeiten, doch noch einiges zu verbessern. Aber ich glaube, hier sind wir uns einig, daher müssen wir jetzt abwarten. Das Dialogverfahren ist jetzt beendet. Die Vergabestelle hat gesagt, wir wollen nicht weitermachen. Daher muss jetzt neu ausgeschrieben werden. Wir werden sehen, wie die Ausschreibung verläuft. Sie muss auf einen aktuellen Stand gebracht werden, deshalb sehe ich positiv in diese Richtung.

Wir haben in unserem Antrag formuliert: „Es muss aufgezeigt werden, wie die wirtschaftliche Situation in der Zeit bis zur Bauphase verbessert wird.“ Das hätten wir ebenfalls beim PPP-Modell machen müssen! Das Haus wird ja später gebaut. Von daher ist Handeln sofort notwendig. Hier gibt es schon Gespräche und Handlungsanweisungen. Es werden jetzt die neuen Businesspläne erstellt. Hierbei müssen solche Dinge geklärt werden. Wir als Fraktion, als Koalition sagen auch: Hier wollen wir Konzepte. Wie geht es weiter mit wirtschaftlichkeitsverbessernden Maßnahmen? Die wollen wir jetzt. Wir wollen nicht nur Berichte in der Bürgerschaft, sondern es muss umgehend angegangen werden.

Was zum PPP-Verfahren zu sagen ist: Auf dem Krankenhausmarkt - ich verstehe die Banken - haben sich die Ratingbedingungen für Kliniken nach

Basel II verschlechtert, das muss man ganz klar sehen. Im vergangenen Jahr wurde es für die Kreditinanspruchnahme für Krankenhäuser schwieriger, denn Krankenhäuser sind nicht so einfach zu bewerten, da sie in der Preisfestlegung stark eingeschränkt sind. Das geht nicht wie in einem mittelständischen Betrieb, denn ein Krankenhaus hat weitaus schwierigere gesetzliche Rahmenbedingungen als normale Betriebe zu erfüllen. Auch Immobilien von Krankenhäusern sind viel schlechter zu verkaufen oder weiterzuverwerten, da kann ich schon verstehen, dass die Banken von den Bietern bessere Bedingungen für ein Entgegenkommen verlangt haben.

Nichtsdestoweniger: Der Senat hat sich in seinem Beschluss vom Juli 2006 festgelegt, und das ist aus unserer Sicht richtig, denn wir können die Risiken nicht einseitig zuungunsten des Staates verlagern. Daher war es eine richtige Entscheidung. Wir erwarten jetzt, dass es mit den Ausschreibungen weitergeht.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Für uns als Gesundheitspolitiker stellt sich natürlich auch die Frage: Wenn eine derart erweiterte Standortsicherungserklärung gekommen wäre, was wäre dann passiert? Wäre dies nicht eine Wettbewerbseinschränkung für die anderen Kliniken gewesen, für die freigemeinnützigen und privaten? Hätten die nicht geklagt? Dann hätten wir unter Umständen wieder zeitliche Verzögerungen gehabt. Daher, meinen wir, ist dies der richtige Weg, und wir sollten hier weitermachen.

Was die Finanzen der Kliniken angeht: Wir sind jetzt wieder in Tarifverhandlungen, das ist natürlich auch ein schwieriges Unterfangen. Wir fordern Sie von der FDP und von der CDU auf, dass wir die Deckelung auf Bundesebene wegbekommen und die Preissteigerungen, also die Lohnsteigerungen in den Häusern realistisch abgebildet werden! Dann haben die Krankenhäuser wieder bessere Chancen. Hier hoffe ich, dass Sie auch auf dieser Spur sind!

Alles in allem sagen wir, unseren Antrag sollten Sie mit unterstützen, denn er sagt ganz klar: Die Zielsetzung bleibt, dass das Klinikum Bremen-Mitte jetzt aufgrund des Masterplans gebaut werden soll. Es soll auch ein Maßnahmenpaket entwickelt werden, mit dem die wirtschaftliche Situation bis zur Realisierung des Neubaus verbessert wird. Ich glaube, dieser Antrag ist zielgenauer als Ihr Antrag, und er ist viel forscher und aktiver. Daher sind wir in der Situation, dass wir jetzt nicht lange Berichte erwarten können, sondern wir müssen handeln! Im Krankenhausausschuss er-

warten wir, dass uns einzelne Schritte immer wieder erläutert werden. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, bevor ich dem Kollegen Beilken das Wort erteile, begrüße ich auf der Besuchertribüne recht herzlich Mitglieder des Betriebsrates des Klinikums Bremen-Mitte. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Beilken.

Abg. **Beilken** (Die Linke)¹⁾: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kollege Brumma hat eben schon darauf hingewiesen: Der Ergänzungsantrag ist ein bisschen konkreter. Berichterstattung - schön und gut - erwarten wir selbstverständlich fortlaufend. Der Hinweis auf die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht soll wohl darauf hinzielen, Bremen hätte kein Geld für ein kommunal finanziertes Krankenhaus. Das sehen wir selbstverständlich ganz anders, dies ist meines Erachtens auch strikt von der Sache her nicht angemessen, denn es ist eine gesetzliche Verpflichtung. Ich gehe darauf im Weiteren noch ein sowie auch auf den Änderungsantrag.

Ich darf bei der Gelegenheit noch einmal wieder schöne Grüße von unserem gesundheitspolitischen Sprecher Peter Erlanson ausrichten, der natürlich hier auch wieder seine Meinung hat einfließen lassen.

(Zuruf des Abg. Dr. Buhlert [FDP])

Natürlich begrüßt Die Linke die Entscheidung des Senats, kein PPP-Modell beim Umbau des Klinikums Bremen-Mitte in Anschlag zu bringen. Da, das kann man wirklich sagen, sind wir unter anderem - und nicht nur bei diesem Punkt! - diejenigen gewesen, die hier von Anfang an in diese Richtung gewirkt haben, entsprechend begrüßen wir diese Entwicklung. Natürlich, wenn dies eine gewisse Zeit gebraucht hat, dann ist diese Zeit jetzt aber Gott sei Dank sinnvoll genutzt worden. Wir sind dann insofern auf einem guten Weg, aber es wird weiterhin Probleme geben. Dass die FDP und Teile der CDU, die bekanntermaßen der vollständigen materiellen Privatisierung zugestimmt hatten, jetzt nicht gerade begeistert sind, ist natürlich verständlich.

Wir müssen beanstanden, dass einige entscheidende Fragen noch nicht geklärt sind und manches womöglich auch in die falsche Richtung läuft. Ich will dazu drei Punkte anführen!

Erstens: Die rot-grüne Koalition erfüllt in rechtswidriger Weise immer noch nicht die gesetzliche Verpflichtung aus dem Krankenhausfinanzierungsgesetz, die besagt, dass das operative Geschäft für die Krankenkassen und die Investitionen durch das Land oder die Stadt zu finanzieren sind. Im aktuellen Haushaltsentwurf findet sich dazu jedenfalls nichts. Die Finanzierung über eine Bürgerschaft für einen Kommunalkredit ist ein Fortschritt gegenüber der Teilprivatisierung durch ein PPP-Modell. Der Kredit wird allerdings erkaufte durch den Abbau von mindestens 900 Vollzeitkräftenstellen, zumeist qualifizierter und sozialversicherungspflichtiger Frauenarbeitsplätze. Für Die Linke ist dies gerade in einem Land mit Haushaltsnotlage ein Skandal, denn die Kaufkraft sinkt, die Steuereinnahmen sinken, Kosten für Sozialtransfers steigen, doch die Qualität der Gesundheitsversorgung wird nicht besser.

Zweitens: Die senatorische Behörde hat in der letzten Zeit durchblicken lassen, dass die Pensionszahlungen für die in Ruhestand gehenden Beamten aus dem Gesundheitswesen nicht von der Stadt, wie es nach beamtenrechtlicher Systematik zu erwarten wäre, sondern von den Krankenhäusern zusätzlich erwirtschaftet werden sollen. Es handelt sich dabei um schätzungsweise 7 bis 8 Millionen Euro pro Jahr. Eine solche Forderung hat schon die Landesbetriebe Krankenhäuser Hamburg in die Privatisierung getrieben, wie man das wohl ganz gut formulieren kann. Die Linke erhebt die Forderung, dass die Pensionslasten, die durch die vom Staat eingesetzten Beamten entstanden sind, auch durch den Staat zu tragen sind. Die Krankenhäuser in dieser schwierigen Situation mit der Umstellung der gesamten Krankenhausfinanzierung damit zu belasten bedeutet nichts anderes, als die Chancen für eine kommunale Zukunft der Krankenhäuser zu verschlechtern.

Drittens: Die oben schon genannte Umstellung der gesamten Krankenhausfinanzierung führt zu erheblichen Umstellungsschwierigkeiten der Krankenhäuser. Politisch ist dabei eine sogenannte Flurbereinigung - das heißt, die Insolvenz von zahlreichen Kliniken und die Übernahme durch private Ketten - durchaus von dem, ich würde einmal sagen, gestrigen und hoffentlich nicht ewiggestrigen neoliberalen Zeitgeist gewünscht. Es ist von einer rot-grünen Gesetzgebung auf Bundesebene so eingerichtet, und die Fortschreibung durch Schwarz-Rot in Berlin muss auch konstatiert werden.

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

In Kombination der neuen Finanzierungsbedingungen und der altertümlichen Pavillonbauweise des Klinikums Bremen-Mitte stellt sich für viele die Frage, ob Bremen-Mitte den Beginn der Bautätigkeit - und das ist ja auch ein gewisser Kern bei der Anfrage aus Richtung der FDP - durch die Bürgerschaft überhaupt noch vor der drohenden Insolvenz erreichen kann. Dann allerdings stünden nicht nur die Gesundheitsversorgung, sondern auch 3000 Arbeitsplätze vor dem Aus. Wir fragen die Senatorin, wir fragen aber auch die Opposition: Was ist Ihr Konzept, um dies zu verhindern?

Die Verabschiedung - und damit komme ich auf den Änderungsantrag der SPD - eines Maßnahmenpakets, wie im Dringlichkeitsantrag von Rot-Grün gefordert, reicht nicht aus. Außerdem fragen wir uns: Was ist mit „Maßnahmenpaket zur Wirtschaftlichkeit“ gemeint? Ist womöglich eine entsprechende Wirkung auf die tariflichen Gehälter gemeint, oder was ist mit dieser zumindest undeutlichen und missverständlichen Formulierung gemeint? Das ist mit ein Grund, warum wir dies ablehnen, denn die Überschrift ist gut! In der Überschrift sagen Sie, die Finanzierung soll abgesichert werden, aber genau dies müsste passieren, und das gehört in den kommunalen Haushalt. Wie wollen Sie in diesem Sinne die Finanzierung absichern? Diese Frage bleibt uns am Schluss hier offen. - Danke, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der Linken)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mohr-Lüllmann.

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit Ihrer Genehmigung möchte ich gleich zu der Frage, wie Frau Senatorin Rosenkötter auf den Zeitdruck zu reagieren gedenkt, mit einem Zitat aus dem „Weser-Kurier“ vom 15. Februar beginnen. Herr Möllenstädt, da steht es doch, ich denke, Sie haben es auch gelesen: „Frau Rosenkötter handelt schnell und zielstrebig.“

(Abg. Röwekamp [CDU]: Hört, hört!)

Der Masterplan gilt, und das Klinikum Bremen-Mitte muss wirtschaftlich stabilisiert werden, und die Planungen für den Neubau sind sofort ange laufen.“ Da bleiben eigentlich keine Fragen offen.

Über die zukünftige Wirtschaftlichkeit reden wir allerdings schon seit 2003, deshalb wurde damals übrigens die Holding gegründet. Soviel zu „schnell und zielstrebig“! Wir stehen dort, wo wir schon seit Jahren stehen, mit dem Ergebnis, dass wir jetzt im Jahr 2008 vor einem Scherbenhaufen stehen. Die Planungen, die 2006 auf den Weg gebracht wor-

den sind, wurden verworfen. Der Weg ist nicht zielstrebig und schnell verfolgt worden, die Zeit - ein übrigens lebensbedrohlicher Faktor für dieses Klinikum - ist abgelaufen.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen aus meiner Sicht die Zukunft. Die kommunalen Kliniken machen permanent Verluste, das ist uns allen bekannt. Das Klinikum Bremen-Mitte hat schon für laufende Finanzierungsbedarfe auf einen Kontokorrentkredit zurückgegriffen, um strukturell bedingte Verluste auszugleichen. Mittlerweile schulden die Kliniken der Stadt Bremen weit über 60 Millionen Euro mit steigender Tendenz. Niemand weiß, wie dieses Geld jemals zurückgezahlt werden soll.

Kurz gesagt, die 60 Millionen muss das Land schon jetzt abschreiben, wenn in den Kliniken kein Wirtschaftswunder geschieht. Schon allein die Tatsache, dass 2009 durch eine neue Abrechnung jeder Fall im Klinikum Bremen-Mitte zu einem Erlösverlust führt, nämlich zwischen 250 und 300 Euro pro Patient pro Fall, bedeutet für das Klinikum Bremen-Mitte 2009 eigentlich den Gar aus. Nach Selbsteinschätzungen des Klinikums Bremen-Mitte bezeichnet man das Minus in 2008 mit etwa 7 Millionen Euro, in 2009 mit 12,5 Millionen Euro. Das ist Tatsache!

Ich sage noch weiter voraus, was passieren wird: Das Gelände wird jetzt wahrscheinlich zerlegt und einzelne Anteile werden verkauft, um eine Zwischenfinanzierung hinzubekommen. Außerdem wird der Rechnungshof feststellen, dass das Klinikum Bremen-Mitte nicht wirtschaftlich arbeitet und deshalb eine Bürgerschaft in der Größe des Masterplans, so wie wir ihn kennen, gar nicht möglich ist. Der Masterplan, auf Grundlage des PPP-Modells entwickelt, besteht aus zwei Bausteinen eines Systems, die zusammengehören. Damit ist der Masterplan nicht mehr umzusetzen. Die Planungen beginnen nun von vorn.

Nun zur Bürgerschaft der Freien Hansestadt Bremen für die öffentliche Finanzierung: Eine Bürgerschaft sind Eventualverbindlichkeiten der Freien Hansestadt Bremen, die nicht übernommen werden dürfen, wenn mit hoher Wahrscheinlichkeit mit der Inanspruchnahme der Freien Hansestadt Bremen gerechnet werden muss. Man wird die Ungewissheit und die Wahrscheinlichkeit einer Inanspruchnahme bewerten müssen. Das Ergebnis hört sich wie folgt an: Ein Haus, das etwa 7 Millionen Euro Minus jedes Jahr schreibt, prognostisch 12,5 Millionen Euro in 2009, kann nicht von heute auf morgen wirtschaftlich arbeiten: Dass es neben den Altlasten auch noch Zinsen und Tilgungen übernehmen kann und die Bürg-

schaft keine Auswirkungen auf das Land hat, so wie die Bürgermeisterin Frau Linnert sagt, ist nicht nachzuvollziehen. Spätestens hier kann man sagen, dass der Kredit nicht gezahlt werden wird, oder? Weiterhin lesen wir Aussagen von Frau Bürgermeisterin Linnert, der Masterplan kommt, und die Bürgerschaft wird erst erteilt, wenn die Wirtschaftlichkeit des Klinikums Bremen-Mitte nachgewiesen würde. Es stellt sich die Frage: Woher wissen Sie denn schon, dass der Masterplan kommt, ohne die Wirtschaftlichkeitsberechnung abgewartet zu haben?

Darüber hinaus ist die Insolvenz durch Wirtschaftsprüfer für spätestens 2010 beschrieben worden, dabei war 2010 beschrieben, als wir noch im Zeitplan lagen und keine Tarifsteigerung zu erwarten hatten. Die Risiken, meine Damen und Herren, haben sich nicht geändert. Nun kommt noch erschwerend hinzu, dass viel Zeit vergangen ist. In diesem Zusammenhang finde ich die Einlassung der Senatorin im „Weser-Kurier“ „schnell und zielstrebig“ wirklich katastrophal.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt rechnen wir mit einem Sofortmaßnahmenpaket, da sind wir sehr gespannt. Wir sind auch gespannt, ob es sich nur auf das Klinikum Bremen-Mitte bezieht oder wir mit einem Gesamtkonzept rechnen dürfen. Denn auffällig ist, dass alle nur vom Klinikum Bremen-Mitte reden. Es wird ganz hausbezogen gedacht in dieser Stadt. Das Problem ist aber viel größer. Wir haben vier Häuser in einem Konzern, ich kenne kein Konzept eines anderen Hauses dieses kommunalen Verbundes. Es gibt nach wie vor keinen Konzerngedanken, keine zentrale Führung, die es möglich gemacht hat, einen einmal eingeschlagenen Weg auch zu gehen und durchzuhalten, nicht nach dem Startschuss alle 100 Meter wieder neu zu starten oder stehen zu bleiben.

Alle vier kommunalen Häuser arbeiten kontraproduktiv, es gibt bis heute keine IT-Zentrale, keinen Personalbinnenmarkt, alle sind in dem Gedanken vereint, was tut meinem Haus gut, ohne Rücksicht auf den Konzern, ohne Blick auf Synergien, die sich an zahlreichen Stellen ergeben könnten. Jedes Haus rüstet einzeln auf, ohne dass es irgendjemanden interessiert, irgendjemand das sanktioniert. Ich finde es unglaublich, wie man mit dem Konzern, mit 8000 Mitarbeitern und der Zukunft umgeht!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

An dieser Stelle muss man wohl auch noch einmal sagen: Nach 24 Monaten gibt es immer noch keinen Konzernchef. Seit zwei Jahren ist der Kon-

zern führungslos, das habe ich noch von keinem Konzern mit 8000 Mitarbeitern gehört. Der Eigentümer schaut zu und überlegt nun, wie er einen Masterplan von 2006 umsetzen kann. Gar nicht! Dies ist meine Prognose. Es wird nämlich gar keinen Masterplan geben, jedenfalls nicht den. Ich sage auch, wenn wir den Masterplan in der vorliegenden Fassung nicht in der Größenordnung umsetzen, dann wird das Klinikum Bremen-Mitte bald ein Kreiskrankenhaus sein, davon haben wir schon genug.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe noch einmal auf der Webseite nachgesehen, dort steht: „Das Klinikum Bremen-Mitte ist ein Krankenhaus der Maximalversorgung, das heißt, wir verfügen über alle notwendigen personellen und apparativen Voraussetzungen, um auch Schwerstkranke zu behandeln.“ Es ist ein „Krankenhaus der Maximalversorgung“, vielleicht zitiere ich das in Zukunft häufiger.

Nun beginnen neue Planungen, 8 Millionen Euro Planungskosten sind schon ausgegeben, weitere folgen. Neben den Haftungsansprüchen der Bieter im PPP-Verfahren, die noch ausstehen, stellt sich die Frage, welche Haftungsrisiken es eigentlich wirklich gibt. Wer zahlt die anfallenden nächsten Planungskosten? Wer zahlt im Falle der Haftung? Alles noch Fragen! Von den Tarifsteigerungen möchte ich übrigens gar nicht mehr reden. Die 60 Millionen Euro Kontokorrent habe ich bereits erwähnt.

Es ist nun viel Zeit verstrichen. Fahrlässig, finde ich, ist Zeit verschwendet worden. Die Gesamtsituation hat sich verschlechtert. Sie ist für die Mitarbeiter schlechter und am Ende auch für die Patienten, denn an einer bestimmten Stelle leidet auch irgendwann die Qualität, nämlich mindestens dann, wenn nicht mehr sachgerecht investiert werden kann. Der eingeschlagene Weg von 2006 ist nicht konsequent weiterverfolgt worden. Dafür tragen Sie die Verantwortung!

(Beifall bei der CDU)

Ich nenne das Hinhaltenaktik. Die Entscheidungen werden so lange hingezogen, bis sie Ihnen aus der Hand genommen werden. Ich finde, dass man die Zukunft in Zahlen gegossen lesen kann, das kann man zusammenfassen, ich habe es getan: Das Klinikum Bremen-Mitte schreibt 2009 12,5 Millionen Euro Minus, 60 Millionen Euro Minus aus dem Kontokorrentkredit müssen zurückgezahlt werden.

Dazu kommen noch die Pensionsverpflichtungen von einer Gesamtlast von 78 Millionen Euro. Die

Stadt Bremen hat sich nämlich schon bei Gründung der Klinikgesellschaft verpflichtet, für die Pensionslasten der Kliniken aufzukommen. Wenn sie am Stichtag, dem 1. Januar 2009, durch die Zahlung der Pensionen ins Minus rutschen werden - und da sind sie ja schon lange -, muss der Steuerzahler jetzt herantreten. Das Land Bremen zahlt definitiv ab dem nächsten Jahr. Dann die Tarifabschlüsse! Personalabbau wird es nicht geben, es kann nur einen Zuwachs durch die Umsetzung der Arbeitszeitregelung geben. Der Sparbeitrag der Krankenhäuser, Gesundheitsreform, Energiekostenstand und so weiter!

Dann will ich Sie noch kurz langweilen mit Eckpunkten des Bundesgesundheitsministeriums: Dort gibt es auch noch ordnungspolitische Rahmenbedingungen für 2009, die angedacht sind und die auch Bremen vielleicht im Auge behalten muss. Dort ist vorgesehen, einen bundeseinheitlichen Basisfallwert als Höchstpreis einzuführen. Bremen liegt derzeit an vierter Stelle von 16 Bundesländern, alle anderen weisen geringere Basisfallwerte auf. Einführung von Einzelverträgen unterhalb des Höchstpreises, Begrenzung der Wahlfreiheit durch Kassensteuerung, Einführung bundesweiter, leistungsbezogener Investitionspauschalen, Begrenzung der Planungskompetenz!

Ich erwähne das an dieser Stelle deshalb, weil wir uns hier nur hausbezogen auf diese Themen konzentrieren, und es geht nicht nur um eine Klinik. Wir brauchen jetzt wieder Gutachter, die feststellen sollen, wie wirtschaftlich die Kliniken arbeiten, wie sicher das mit der Bürgerschaft und der Zahlung des Kredits durch die Freie Hansestadt Bremen sein könnte. Wir brauchen dringend eine starke unternehmerische Ausrichtung des Klinikkonzerns, nicht auf dem Papier, sondern sichtbar und spürbar. Ich erwähne dies noch einmal gern: Eine starke Holding mit Durchgriffsrecht auf die einzelnen Häuser, anders wird es nicht funktionieren. Beschlüsse gab es genug in der Vergangenheit, aber eben niemanden, der sie umgesetzt hat.

Dem Antrag der FDP stimmen wir zu. Wir möchten auch gern die einzelnen Schritte wissen, zeitlich getaktet, wie das weitere Verfahren sein soll. Was planen Sie, um zeitnah weiterzukommen, welche Konzeption gibt es eigentlich? Zu Ihrem Antrag nur so viel: Die Einleitung „Bremens kommunale Kliniken stehen durch die bundesweite Einführung der Fallpauschalen vor einer großen Herausforderung“. Ganz großartig, das wissen wir, das tun alle Häuser in Deutschland! Das ist aber leider nur ein Punkt!

(Beifall bei der CDU - Abg. Frau Busch [SPD]: Ethisch wertvoll war das nicht!)

„Die Stadtbürgerschaft möge die Zielsetzung von Senat und Geschäftsführung des Klinikums Bremen-Mitte beschließen, die Realisierung des Neubaus als Investition auf Grundlage des Masterplans zu betreiben.“ Nein, dem stimmen wir nicht zu, wir brauchen den Masterplan, nicht die Grundlage des Masterplans!

(Beifall bei der CDU)

Dass ein Maßnahmenpaket entwickelt wird, dem können wir auch nicht zustimmen, denn es gibt seit Jahren ein Maßnahmenpaket, dies bräuchte eigentlich nur umgesetzt zu werden, wir brauchen kein neues. - Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)^{*)}: Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Scherbenhaufen, die Zeit ist abgelaufen! Also, das Totenglöcklein, das Sie hier einmal im Monat läuten für die kommunalen Kliniken in Bremen, ich weiß nicht, wem wollen Sie eigentlich damit einen Gefallen tun, dass Sie öffentlich hier in diesem Hause einmal pro Monat das Totenglöcklein der kommunalen Kliniken läuten?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD - Zurufe von der CDU und von der FDP)

Sehr geehrte Frau Dr. Mohr-Lüllmann, diese Kliniken sind sehr lebendig, sie haben eine ganze Menge Probleme. Einen Teil davon haben Sie zu Recht hier beschrieben, das wissen wir aber alle auch, und es wird intensiv an der Lösung dieser Probleme gearbeitet.

(Lachen bei der CDU - Abg. Röwekamp [CDU]: Das sieht man dem Antrag an, wie intensiv gearbeitet wird!)

Lassen Sie mich noch einmal ein grundlegendes Muster Ihrer Argumentation und auch der der Kollegen von der FDP nennen! Das grundlegende Muster ist: Wenn wir das PPP-Modell gemacht hätten, wären irgendwelche privaten Firmen oder Konzerne gekommen und hätten uns Geld geschenkt. Wahrscheinlich muss es ja so gewesen sein, weil wir als Bremen dann einen unheimlich guten Schnitt in dieser Umsetzung des Masterplans für das Klinikum Bremen-Mitte gemacht hätten.

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

Jetzt machen wir das PPP-Modell nicht, weil es sich im Bieterverfahren nicht realisieren lassen. Jetzt wird das alles unheimlich teuer. Das ist doch der absolute Wahnsinn, so zu argumentieren! Die Realität ist doch, dass in beiden Fällen das Krankenhaus Bremen-Mitte erhebliche Zahlungen an Zinsen, an Kosten gehabt hätte, dass man sehr gut darüber diskutieren kann. Die Wahrscheinlichkeit ist sehr hoch, dass wir jetzt niedrigere Kosten und Zinsen haben, als wir es beim PPP-Modell gehabt hätten.

(Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann [CDU]: Vorlegen! Wenn es wirtschaftlich wertvoll sein soll!)

Worin jetzt der Verlust für Bremen wirtschaftlich, haushaltspolitisch und sonst wie sein soll, es jetzt so und nicht anders zu machen, haben Sie nirgendwo erklärt. Woher Ihre Spender stammen, die in Form dieser PPP-Bieter hier in die Stadt gekommen sind, um uns quasi den Umbau eines Krankenhauses zu schenken, das müssen Sie an dieser Stelle einmal erklären, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ein absoluter Wahnsinn, der immer wieder wiederholt wird. Als ob es Firmen gegeben hätte, wir alle kennen sie, die dort Interesse haben! Hamburg kann man besichtigen! Wenn man so etwas dann durchsetzt, muss man es wahrscheinlich mühsam nach der Wahl nächsten Sonntag wieder zurückholen. Aber das ist ein anderes Kapitel, das will ich hier gar nicht erst ansprechen.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Also ist das Verfahren politisch beendet worden!)

Es ist überhaupt nichts politisch beendet worden! Jetzt zur Frage des - -.

(Unruhe bei der SPD und bei der CDU - Glocke)

Präsident Weber: Herr Dr. Güldner, Sie haben das Wort!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Mit dieser Art und Weise werden Sie den kommunalen Kliniken erheblich nützen, so wie Sie hier in diesem Hause mit diesem Thema umgehen, meine Damen und Herren!

Bei der FDP ist das eindeutiger im Beitrag des Gesundheitsexperten Dr. Möllenstädt dargelegt, der ja auch in der „Welt“ vom 19. Februar sagt, dass der Neubau teurer würde als geplant. Ich gehe einmal davon aus, dass das Gegenteil der Fall sein wird.

(Lachen bei der CDU - Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann [CDU]: Soll er vorlegen!)

Dieser Gesundheitsexperte sagt uns wenigstens an dieser Stelle, dass Sie ganz eindeutig nach wie vor gegen das Vorhalten von kommunalen Kliniken sind, dass Sie sie gern verkaufen würden, dass Sie sie privatisieren wollen. Das ist eine Position, die finden wir falsch, aber die kann man hier vortragen, dann kann man sich darüber streiten. Meines Erachtens, wenn Sie sich die Erfahrungen in anderen Kommunen genau anschauen, gibt es sehr viele Gründe, die dagegen sprechen, aber es ist natürlich ein Weg, den man im Prinzip einschlagen könnte.

Was Sie, Frau Dr. Mohr-Lüllmann, mit der CDU vorhaben, das ist mir allerdings komplett rätselhaft. Sie sagen, der Masterplan wird nicht umgesetzt. Sie haben sich heute hier mit dieser Rede, nicht zum ersten Mal, aber zum ersten Mal in dieser Deutlichkeit, aus dem Konsens, den wir hier einmal hatten, dass das Klinikum Bremen-Mitte so nicht weiterarbeiten kann, dass wir die Pavillonstruktur auflösen müssen

(Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann [CDU]: Ja, wir wollen den Masterplan!)

und dass wir in der Nähe der Bismarckstraße einen Neubau brauchen mit dem Masterplan als Grundlage, verabschiedet,

(Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann [CDU]: Gerade nicht!)

weil Sie gesagt haben, es wird nicht kommen. Dieser Konsens war für diese Klinik lebenswichtig. Wenn Sie hier so tun, als ob das Überleben dieser Klinik Ihnen am Herzen liegt - dieser Konsens der politischen Kräfte hier war überlebenswichtig für diese Klinik -, kommen Sie wieder zurück in diesen Konsens, denn ohne diesen Konsens wird es für diese Klinik sehr schwer zu überleben!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Sie haben gesagt, dass der Masterplan nicht kommt. Es ist nichts passiert. Sie haben Untätigkeit vorgeworfen. Das ist natürlich nicht der Fall, denn Sie wissen ganz genau, dass die Verfahren alle nach Recht und Gesetz und nach dem üblichen Vorgehen abgearbeitet worden sind. Dass ein bestimmtes Ergebnis durch die Vergabestelle dabei herausgekommen ist, das wissen Sie alles ganz genau. Dass nun intensiv daran gearbeitet wird, das Krankenhaus Bremen-Mitte in die Lage zu versetzen, diesen für sie lebenswichtigen Plan umzusetzen.

Das Krankenhaus Bremen-Mitte braucht die Unterstützung aller politischen Kräfte, um diesen Plan umzusetzen, denn in der Tat, Sie haben vollkommen recht, die wirtschaftliche Situation des Krankenhauses ist nicht einfach. Deswegen ist die Rückendeckung hier auch von einer bedeutenden Oppositionsfraktion selbstverständlich in diesem Krankenhaus auf jeden Fall willkommen.

Sie haben dann noch die anderen kommunalen Krankenhäuser angesprochen. Da weiß ich, ehrlich gesagt, nicht, wovon Sie sprechen. Natürlich haben alle vier Kliniken wirtschaftliche Schwierigkeiten, das ist bekannt! Aber die Situation, wie Sie sie dargestellt haben, als praktisch alle komplett vor der Insolvenz, alle komplett sozusagen vor dem Untergang, Totenglöckchen. Nein, das geben die Zahlen nicht her, das wissen Sie auch ganz genau!

Ich habe sie auch besucht in den letzten Tagen, ich habe mich auch intensiv unterhalten mit den Verantwortlichen. Es ist keineswegs so, dass die anderen Kliniken hier kurz vor dem von Ihnen immer wieder verkündeten Absturz ins Bodenlose stehen würden. Sie haben auch gesagt, da gibt es keine Konzepte. Das ist infam gegenüber den Menschen, die dort vor Ort in diesen Kliniken an diesen Konzepten nicht nur arbeiten, sondern viele von ihnen auch umgesetzt haben und auch erhebliche wirtschaftliche - abgesehen von den medizinischen bei der Betreuung der Patienten - Fortschritte gemacht haben, Schritt für Schritt in einem schwierigen Umfeld für die Krankenhäuser. Da sollten Sie hier die Verantwortlichen dafür wirklich einmal würdigen und loben, anstatt immer wieder dieses Totenglöckchen über ihren Köpfen zu läuten, sehr verehrte Frau Dr. Mohr-Lüllmann!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Das ist die Realität in diesem Klinikverbund!

Niemand wird behaupten, dass es durch die Besetzung der Stellen, die relativ lange gedauert hat - eine ist immer noch nicht besetzt, die anderen sind inzwischen ja erfolgreich besetzt worden -, Probleme gibt. Sie wissen auch - Sie haben es angedeutet, dass Sie es offensichtlich wissen -, dass auch für das Krankenhaus Bremen-Mitte an Überbrückungsstrategien gearbeitet wird, wie wir die nächsten Jahre bis zur Realisierung des Neubaus überbrücken. Da sollte es in der Tat eigentlich unser gemeinsames Interesse sein, dass der Neubau kommt. Wie wir die Zeit bis dahin überbrücken, ohne dass die wirtschaftlichen Schwierigkeiten für das Krankenhaus unüberwindbar werden, dazu gibt es verschiedene Vorstellungen,

die Sie - von Ihren Andeutungen zumindest her - wohl kennen. Die finde ich zum größten Teil diskussionswürdig, dort kann man im Detail - das wird man nicht hier an dieser Stelle machen - noch diese und jene Korrektur vornehmen. Aber es ist auf jeden Fall allen bewusst, dass wir dem Krankenhaus Bremen-Mitte über diese schwierige Phase hinüberhelfen müssen, um dann in der neuen Struktur und mit den neuen Voraussetzungen nach dem Neubau auf einer gesunden Schiene zu stehen.

Dies haben Sie hier auch einmal so verkündet und dahintergestanden und gesagt, dass das die Voraussetzung wäre, um das Krankenhaus Bremen-Mitte wirtschaftlich zu betreiben. Heute hat sich das völlig anders angehört, und ich frage mich eigentlich, was - außer, dass Sie von der Regierung in die Opposition gewechselt sind - eigentlich der Grund ist, warum Sie das heute so komplett anders darstellen, als Sie es früher getan haben!

Lassen Sie mich noch einmal zu dem Kollegen Möllenstädt zurückkommen! Es ist hier immer wieder schwierig, dieses Mal auch wieder mit Ihrem Antrag. Sie haben gesehen, wir lassen uns da auch nicht lumpen, wir haben unseren Antrag dagegengestellt, aber ich halte es von der Strategie dieser beiden Oppositionsparteien für äußerst bedenkenswert, ob Sie vielleicht einmal einige Monate aussetzen in dieser Strategie, hier einmal im Monat die Krankenhäuser schlechtzureden, ob Sie einmal den Verantwortlichen in Ruhe Zeit geben, ihre Arbeit zu machen, und wir uns dann wieder hinsetzen und sehen, wie weit wir gekommen sind.

(Zuruf des Abg. Röwekamp [CDU])

Sie haben daran kein Interesse!

(Zuruf: Doch, wir haben großes Interesse!)

Deswegen freuen Sie sich auch, Herr Dr. Möllenstädt, Sie scheinen daran kein Interesse zu haben, weil Sie sagen: Wir wollen gar nicht den Erfolg dieses kommunalen Krankenhauses Bremen-Mitte, wir wollen es ja verkaufen, wir wollen es privatisieren. Dann sind Sie aus diesem Konsens sozusagen heraus, wenn Sie diesen Erfolg nicht wollen. Wir jedenfalls als grüne Fraktion wollen den Erfolg dieses Krankenhauses und auch den der drei anderen. Wir glauben, auf lange Sicht, wenn Sie einmal sehen, woher der Wind weht bei vielen Modellen der Privatisierung, wie wir sie beobachten können, ist es am Ende des Tages sicherlich richtig, auf diesen Zug der Privatisierung zu setzen.

tisierung der kommunalen Kliniken nicht aufgesprungen zu sein. Das werden wir in einigen Jahren noch sehen! - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Möllenstädt.

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich möchte mich noch einmal mit einigen Argumenten, die im Laufe der Debatte vorgetragen worden sind, auseinandersetzen und mit dem, was der Kollege Dr. Güldner gesagt hat, anfangen!

Ich kann Ihnen sagen, niemand hier hat die Absicht,

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Eine Mauer zu bauen! - Heiterkeit! - Abg. Röwekamp [CDU]: Da bin ich mir nicht so sicher, seit die Linkspartei hier ist!)

irgendjemanden schlechtzureden, schon gar nicht die Leistungen der Beschäftigten in den Bremer Kliniken, die unter nicht immer leichten Bedingungen gute Ergebnisse im medizinischen Bereich erbringen. Was wir hier thematisiert haben, sind aber doch die wirtschaftlichen Ergebnisse. Für die können die Beschäftigten in der Tat persönlich überhaupt nichts.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das lassen wir auch nicht auf uns sitzen, dass Sie hier versuchen, eine Kluft zu erzeugen zwischen unserem Ansinnen, nämlich dem Interesse der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler,

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie wollen verkaufen!)

der Steuerzahler und auch der Beschäftigten auf der einen Seite und dem Interesse Ihrer Koalition und Ihrer Halsstarrigkeit auf der anderen Seite, die Menschen verhetzen will gegen jede Lösung auf Basis privater Initiative, auf der Basis von Unternehmertum, was dieses Land groß und stark gemacht hat in den letzten Jahren.

Auch muss ich deutlich sagen: Ich weiß nicht, woher Sie diese Skepsis nehmen und worauf Ihre Überzeugung fußt, dass dies der falsche Weg ist. Wir sind der Meinung, dies ist genau der richtige Weg, der übrigens auch in vielen anderen Kran-

kenhäusern in Deutschland sehr erfolgreich gewesen ist.

(Beifall bei der FDP - Abg. Brumma [SPD]: Aber gescheitert sind!)

Da kann ich Ihnen aber auch sehr viele kommunale Kliniken in schwierigen Situationen benennen, Herr Brumma, auf die das genauso zutrifft! Natürlich gibt es keinen Königsweg, das wird auch von niemandem bestritten, aber es muss möglich sein, hier auch entsprechende Vorschläge zu machen, ohne dafür hier diffamiert und in eine schlechte Ecke gestellt zu werden. Das möchte ich hier auch ganz deutlich sagen!

(Beifall bei der FDP - Zuruf: Man muss schon für seine Meinung geradestehen!)

Lassen Sie mich doch dieses Argument einmal ein Stück weit widerlegen! Ich habe mir einmal die Gesichter der Fraktionsmitglieder der Koalition angesehen, als ihre Redner hier gesprochen haben. Ich weiß, von hier oben ist das immer gut einzusehen, für die ersten Reihen ist das immer schwieriger, aber da habe ich einiges an Stirnrünzeln gesehen. Nehmen Sie das doch einfach einmal auf und diskutieren Sie diese Themen doch auch einmal, und dazu könnte doch so ein Bericht Anlass bieten, den wir hier einfordern!

Ich möchte Ihnen auch deutlich sagen: Wenn Sie uns heute hier versprechen, das, was Sie machen, würde zu niedrigeren Kosten führen, dann frage ich Sie doch: Warum haben Sie in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben, dass PPP die erste Wahl ist? Dann hätten Sie doch von vornherein eigentlich gleich sagen müssen, wir stehen dem skeptisch gegenüber!

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Weil es aber nicht politisch gesetzt war!)

Das hat sich aber heute ganz anders angehört, zumindest in dem Redebeitrag von Herrn Dr. Güldner!

Gehen wir einmal weiter zu dem, was Herr Beilken ausgeführt hat! Es lohnt sich fast gar nicht, darauf Bezug zu nehmen, weil es eine abenteuerliche Interpretation des Krankenhausfinanzierungsgesetzes beinhaltet,

(Beifall bei der FDP)

die meiner Meinung als Laie nach in dem Bereich überhaupt keiner juristischen Auslegung standhalten kann. Ich möchte Ihnen sagen: Natürlich sollen die Länder die Finanzierung der Investitionen in Krankenhäusern sicherstellen. Das können sie

nicht immer, das kann auch Bremen nicht, aber es ist dort auch ganz klar in Paragraf 1 dieses Gesetzes festgeschrieben, dass sie das so lange sollen, wie der Staat nicht Private verdrängt. Das heißt: Vorrang haben eigentlich immer Private und Freigemeinnützige, und dann kommt die Sicherstellungspflicht und nicht umgekehrt.

(Beifall bei der FDP - Zuruf des Abg. Beilken [Die Linke])

Es ist nirgendwo geschrieben, dass der Staat dies ausschließlich mit staatlichen Kliniken absichern muss, und das sollten Sie auch nicht so auslegen!

Dann zu dem, was der Kollege Brumma gesagt hat! Herr Kollege Brumma, Sie glauben doch nicht, dass wir diesen Antrag hier heute gestellt hätten, wenn wir mit den Berichten, die wir im Krankenhausausschuss und in der städtischen Gesundheitsdeputation bekommen haben, zufrieden wären! Wenn das so wäre, dann hätten wir doch den Antrag hier überhaupt nicht eingebracht.

(Abg. Brumma [SPD]: Den habt ihr doch vorher schon geschrieben!)

Das steht doch außer Frage! Sie haben weiterhin gesagt: Die Freigemeinnützigen würden gern kooperieren. Das steht doch auch außer Frage, aber die Frage ist doch, ob die kommunalen Kliniken das auch wollen, und da war bisher eher ein Vorbehalt vorhanden. Das ist doch ein Punkt, den man dann auch einmal klären muss, und wenn das jetzt eine Rolle spielen soll in dem neuen Konzept, das Sie hier erarbeiten wollen - ich hoffe, dass das zügig vorgelegt werden kann -, dann begrüßen wir das natürlich. So viel möchte ich Ihnen dazu auch einmal sagen: Es liegt doch nicht an mir, dass ich mir irgendwie wünsche, dass ein Klinikum schlechte Ergebnisse schreibt,

(Abg. Brumma [SPD]: Sie wollen doch privatisieren! - Zuruf von der CDU)

aber ich muss doch die Fakten zur Kenntnis nehmen, die dort offensichtlich vorhanden sind!

Der Status quo ist eben, was die wirtschaftliche Seite des Klinikbetriebs im Klinikum Bremen-Mitte angeht, katastrophal. Das kann man hier noch einmal sagen. Das ist ein Stück weit Ehrlichkeit. Ich hatte eigentlich die Hoffnung, dass Sie sich dazu auch durchringen würden. Zu Ihrem Antrag: Luft ist zwar wichtig zum Atmen, aber so viel heißer Luft müssen auch wir nicht zustimmen. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte meinen Beitrag in zwei Teile aufteilen und zunächst noch einmal etwas zu PPP, zum Dialogverfahren und zur Dialogphase sagen, weil ich glaube, es ist notwendig und wichtig, hier auch die nötige Klarheit mit den Fakten noch einmal zu präsentieren.

Die Vergabestelle beim Klinikum Bremen-Mitte hat Ende Januar das Dialogverfahren beendet. Für den Teilersatzneubau des Klinikums Bremen-Mitte hatte der Senat immer darauf bestanden, dass es zu einer fairen Risikoverteilung mit den privaten Bietern kommen muss und deshalb eine Absicherung der Finanzierung durch eine Bürgschaft durch die Freie Hansestadt Bremen ausgeschlossen ist. Ich glaube, daran werden sich alle erinnern, die an dem Verfahren im Juli 2006 auch schon beteiligt waren. Dies wurde im Übrigen auch schon im Vorverfahren zu dieser Dialogphase im sogenannten Teilnahmewettbewerb allen Bietern mitgeteilt, sodass auch alle wussten, worauf sie sich eingelassen haben.

Es hatte sich gezeigt, dass die Bieter - beziehungsweise insbesondere muss man sicherlich richtigerweise auch hier sagen, deren Banken - im Ergebnis nicht bereit waren, das Projekt zu den vorgegebenen Bedingungen zu finanzieren. Die Banken der Bieter haben ihre Kreditbereitschaft an Bedingungen geknüpft, die einer Bürgschaft entsprechen und zum Teil darüber noch hinausgegangen sind. Diese Bedingungen waren Gegenstand der sogenannten Standortsicherklärung, die hier im September 2007 von den Bietern beziehungsweise von den Banken der Bieter nach längeren Verhandlungen vorgeschlagen worden sind.

Bremen konnte diese Bedingungen jedoch nicht akzeptieren, da sie zum einen eine Risikoverlagerung bedeutet hätten und zum anderen vergaberechtlich außerordentlich problematisch gewesen wären und es auch nicht möglich gewesen wäre, über die ursprünglichen Bedingungen, die Gegenstand des Teilnahmewettbewerbs waren, hinauszugehen. Genau das war der Punkt, der ganz entscheidend auch für diese letztendliche Entscheidung der Vergabestelle ist. Im Ergebnis waren die Bieter dann jedoch nicht bereit, das Projekt ohne solche zusätzlichen Garantieverklärungen Bremens durchzuführen.

Nun könnte man die Frage stellen, ob von Beginn an abzusehen war, dass nur mit einer Bürgschaft durch die Freie Hansestadt Bremen dieses PPP-

Modell hätte realisiert werden können. Ich sage ganz klar: Nein! Zwei Bieter hatten sehr früh, zu Beginn der Dialogphase, auf einer solchen Bürgerschaft als unabdingbare Voraussetzung der Finanzierungsfähigkeit des Projektes bestanden. Da die Freie Hansestadt Bremen dies ausdrücklich abgelehnt hatte, sind diese Bieter aus dem Verfahren ausgeschieden. Zwei andere Bieter haben dagegen, wie auch die Vergabestelle beim Klinikum Bremen-Mitte, auf der Basis des Senatsbeschlusses vom Juli 2006 eine Chance gesehen, zu einem erfolgreichen Ergebnis zu kommen und haben den Dialog fortgeführt. Beide verbliebenen Bieter, auch dies kann ich hier sagen, haben eine Rüge eingereicht und die Weiterführung der Dialogphase verlangt. Aus Sicht der Vergabestelle ergibt sich daraus keinesfalls gleichzeitig ein Anspruch auf Schadensersatz. Ebenso sieht die Vergabestelle keine Perspektive für einen erfolgreichen Abschluss der Dialogphase. Das hat sie den Bietern mitgeteilt.

Meine Damen und Herren, der Punkt, der hier auch Gegenstand der Anträge ist, heißt: Wie geht es jetzt weiter im Verfahren, und wie geht es insgesamt weiter? Die Geschäftsführung des Klinikums Bremen-Mitte prüft derzeit, ob und inwieweit auf der Basis der bisherigen Planungen Veränderungen im Bauvolumen, bedingt auch durch allgemeine Veränderungen gesetzlicher Art, aber auch des wettbewerblichen Umfeldes, vorgenommen werden müssen oder erforderlich sind. Die bisherigen Planungen müssen insoweit verfeinert werden. Allerdings - das möchte ich hier auch ganz deutlich machen, damit da überhaupt kein falscher Zungenschlag entsteht - wird es keine Änderungen an dem krankenhauplanerischen Auftrag für das Klinikum Bremen-Mitte geben.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Klinikum Bremen-Mitte wird auch aufgrund seines breiten Leistungsspektrums und - ich sage das hier in Klammern - auch aufgrund der Anwahl durch auswärtige Patienten weiterhin ein herausragendes Krankenhaus in der bremischen Krankenhauslandschaft sein. Dass diese Prüfungen oder die jetzt anstehenden Prüfungen ebenfalls die Bauausführung mit einbeziehen, ist, glaube ich, selbstredend. Daraus sind dann insgesamt die notwendigen Schlussfolgerungen für die konkreten weiteren Planungen zu ziehen.

Am Ende muss es eine solide und plausible Wirtschaftlichkeitsberechnung geben und die Finanzierbarkeit muss durch das Klinikum Bremen-Mitte dargestellt werden. Ich erwarte, dass diese Planungen am Ende nicht eine Zwei dort stehen haben, nämlich 200 Millionen. Ich weiß, dass dies

ein ehrgeiziges Ziel ist, aber ich halte es für absolut richtig und notwendig. Die Finanzierung wird Aufgabe des Klinikums Bremen-Mitte sein, das bedeutet auch, dass unmittelbar zur Herstellung der wirtschaftlichen Ausrichtung ein Maßnahmenbündel zur Stabilisierung der Wirtschaftlichkeit erforderlich ist. Dazu werden Einzelheiten vom Klinikum Bremen-Mitte geprüft und gerechnet. Wir sind eng an diesem Prozess beteiligt und werden ihn eng und kritisch begleiten. Entsprechende Vorschläge sind dann Gegenstand des ganz normalen Verfahrens der Aufsichtsräte. Dort sind sie zu beraten und letztendlich auch Beschlussfassungen darüber zu fällen.

Erste Maßnahmen, und das ist auch klar, müssen schon vor einer Bauphase und auch während der Bauphase eingeleitet werden. Dass darüber hinaus - Frau Mohr-Lüllmann, da will ich Sie gern ansprechen - natürlich nicht nur für das Klinikum Bremen-Mitte die entsprechenden Maßnahmen eingeleitet werden müssen, sondern insgesamt für den Klinikverbund auch Themen nicht nur benannt, sondern umgesetzt werden müssen, ist klar. Dass hier die Vorbereitung von Tarifverhandlungen, Pensionslasten, Managementreportsystemen, Controlling, Optimierung von Behandlungsabläufen, um nur einige zu nennen, eine ganz wesentliche Aufgabe des am 1. April 2008 beginnenden ärztlichen Geschäftsführers der Holding sein werden, glaube ich, ist klar.

Ich finde es insgesamt unverständlich, um nicht zu sagen auch unglaublich, in welcher Art und Weise hier Zahlenkolonnen zusammengerechnet und in einen wirren Zusammenhang gestellt werden, der wirklich jeglicher Grundlage entbehrt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte Sie sehr herzlich, hier nicht mit Schlagworten und Zahlen in dieser Art und Weise umzugehen. Wenn Sie sagen, Bundesbasisfallwert vierte Stelle, so ist das etwas, das nicht beschlossen ist

(Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann [CDU]: Habe ich auch nicht gesagt!)

und wo wir auch nicht an einer vierten Stelle stehen würden. Im Übrigen wissen Sie, Frau Mohr-Lüllmann, dass der Basisfallwert, wenn wir ihn auf den Bund ausrechnen, auch etwas mit der Bevölkerungs- und Patientenzahl in unseren Kliniken zu tun hat, dadurch werden auch Zahlen errechnet. Sie sind, glaube ich, sehr genau im Bilde, dass dies eine sehr verkürzte Darstellung ist. Die finde ich einfach unverantwortlich auch gegenüber den

Häusern und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und auch den Geschäftsführungen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben hier alles noch einmal aufgerufen, was wir auch in diesem Hause, so denke ich, ausdiskutiert haben. Natürlich durfte der Kontokorrentkredit nicht fehlen, auch dies ist ein im Geschäftsleben normales Verfahren, dass hier Dinge, die angeschafft und bezahlt werden müssen, im Übrigen auch über Kredite zu einem Teil mitfinanziert werden.

(Abg. Strohmänn [CDU]: Das ist nicht Kontokorrent, Sie verstehen das nämlich gar nicht!)

Ich glaube, das ist alles ein Punkt, der im Übrigen hier überhaupt nicht zur Diskussion steht. Insofern halte ich es für erforderlich, dass wir diese Diskussion sachlich führen, dass wir sie auf begründeten Zahlen führen und dass wir hier zu einem gemeinsamen Ergebnis kommen, dass am Ende die Umsetzung des Masterplans im Klinikum Mitte steht.
- Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als Erstes lasse ich über den Antrag der Fraktion der FDP abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion der FDP mit der Drucksachen-Nummer 17/71 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür FDP und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die Linke)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 17/78 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU und FDP)

Stimmenthaltungen?

(Die Linke)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 7 vom 12. Februar 2008
(Drucksache 17/73 S)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, ich schliesse die Sitzung und wünsche Ihnen noch einen angenehmen Abend!

(Schluss der Sitzung 18.51 Uhr)

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 19. Februar 2008

Anfrage 10: Nahverkehrserschließung der Ortsteile Ohlenhof und Gröpelingen

Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie könnten nach Auffassung des Senats die Ortsteile Ohlenhof und Gröpelingen, in denen circa 18 000 Menschen leben, mit Nahverkehrsangeboten besser erschlossen beziehungsweise wie könnte die Anbindung der Ortsteile an die Hauptlinien des Nahverkehrs optimiert werden?

Zweitens: Wie bewertet der Senat den Wunsch des Beirates Gröpelingen nach einem zusätzlichen DB-Haltepunkt in Höhe des Halmerweges oder die Einrichtung eines Quartierbusses mit Anschluss an die Hauptnahverkehrslinien?

Drittens: Unter welchen Voraussetzungen wäre der Senat bereit, die Einrichtung einer BSAG-Buslinie oder eines Quartierbusses zur Verbesserung der Mobilitätsbedingungen in den genannten Ortsteilen zu unterstützen?

Frau Krümpfer, Pohlmann, Dr. Sieling
und Fraktion der SPD

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: In Ohlenhof und Gröpelingen verkehren vier Straßenbahnlinien in dichten Taktfolgen sowie zwei Regionalbuslinien.

Nach der Definition des Nahverkehrsplans ist ein Siedlungsgebiet ausreichend durch den öffentlichen Personennahverkehrs ÖPNV erschlossen, wenn die Bebauung in einem Einzugsbereich von 600 Meter um die Haltestelle liegt, ausnahmsweise auch darüber, jedoch maximal 1000 Meter. Da nur ganz am Rande des Stadtteils der 600-Meter-Radius überschritten wird und dort nur ein kleiner Teil der Einwohner betroffen ist, ist eine zusätzliche ÖPNV-Anbindung an die Hauptlinien nicht erforderlich. Die Bewohnerinnen und Bewohner von Ohlenhof und Gröpelingen sind gut an den ÖPNV angeschlossen.

Zu Frage 2: Im Jahr 2005 ist gemeinsam mit der DB AG eine Grobuntersuchung zu möglichen neuen Haltepunkten im Land Bremen durchgeführt worden.

Der Standpunkt „Gröpelingen“ wurde frühzeitig aus der Gruppe der weiter zu untersuchenden Standorte ausgeschlossen, weil durch einen neuen SPNV-Haltepunkt das zu erschließende Fahrgastpotenzial als zu gering eingeschätzt wurde.

Darüber hinaus käme es aufgrund eines zusätzlichen Halts zu einer Verlangsamung der durchgehenden Züge, zum Beispiel aus Bremen-Vege-sack, was die Attraktivität und letztlich die Potenzialausschöpfung bestehender Bahnhöfe schwächen würde.

Zu Frage 3: Die Fahrgastpotenziale für den kostendeckenden Betrieb eines Quartierbusses sind nach Berechnungen des Senators für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa bei weitem nicht ausreichend.

Anfrage 11: Raumsituation am Gymnasium Obervieland

Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie beurteilt der Senat die aktuelle Situation der Klassen- und Fachräume am Gymnasium Obervieland?

Zweitens: Wie beurteilt der Senat die Benachteiligung des Gymnasiums Obervieland im Schulalltag durch das zurzeit erforderliche Ausweichen auf Räume an der Grundschule an der Alfred-Faust-Straße und im Schulgebäude an der Theodor-Billroth-Straße?

Drittens: Wie will der Senat den strukturellen Raummangel am Gymnasium Obervieland beheben?

Rohmeyer, Frau Ahrens, Röwekamp
und Fraktion der CDU

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Das Schulgebäude an der Alfred-Faust-Straße reicht nicht aus, um neben der integrierten Stadtteilschule Obervieland alle Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Obervieland aufnehmen zu können. Im laufenden Schuljahr nutzt das Gymnasium Obervieland daher auch Klassenräume im benachbarten Grundschul-

gebäude. Die hier untergebrachten Klassen der Jahrgangsstufe 5 wechseln zum Fachunterricht ins Stammhaus. Diese organisatorische Maßnahme bleibt jedoch auf das laufende Schuljahr beschränkt.

Im Schuljahr 2008/2009 ist geplant, zur räumlichen Entlastung des Stammhauses den 13. Jahrgang der gymnasialen Oberstufe in den frei werdenden Räumen des Gebäudes an der Theodor-Billroth-Straße zu beschulen. Die an beiden Standorten insgesamt vorhandenen Klassen- und Fachräume sind zwar ausreichend, aber liefern keine Lösung, sodass jede Schule ihre Klassen an einem Standort haben kann.

Zu Frage 2: Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft wird für die Raumprobleme des Gymnasiums Obervieland Lösungen im Rahmen der Schulentwicklungs- und Standortplanung suchen. Dabei ist die regionale Schulversorgung unter Berücksichtigung der schulstrukturellen Rahmenbedingungen, der Schulanwahlen sowie des vorhandenen Raumbestandes zu organisieren. Im Einzelfall ist nicht auszuschließen, dass Dependancen eingerichtet werden müssen.

Zu Frage 3: Die weitere Entwicklung der Schulstandorte in Obervieland wird im Zuge der zu erarbeitenden Schulentwicklungsplanung im Laufe des Jahres 2008 entschieden, insofern muss bis dahin mit Zwischenlösungen gearbeitet werden.